



Sachsen-Anhalt

Abstimmungsheft

2. Tagung des 9. Landesparteitages

ACHAT Hotel Magdeburg, Hansapark 2 in 39116 Magdeburg

07. und 08. September 2024

Liebe Genossinnen und Genossen,

in diesem Abstimmungsheft sind enthalten:

- geänderter Zeitplan
- Arbeitsgremien des 9. Landesparteitages – geändert
- Bericht des Landesvorstandes
- Dringlichkeitsantrag „Die Schule muss im Dorf bleiben! Volksinitiative starten!“
- Leitantragsentwurf mit den eingegangenen Änderungsanträgen
- Anträge zur Änderung der Landessatzung (keine Änderungsanträge)
- alle weiteren Anträge mit den eingegangenen Änderungsanträgen

Der Landesvorstand hat am 2. September 2024 zu den eingereichten Anträgen und Änderungsanträgen beraten und übernimmt einige Änderungsanträge komplett oder teilweise – dies ist unter dem jeweiligen Änderungsantrag dokumentiert. Dies müssen nicht mehr abgestimmt werden, es sei denn, es erhebt sich Widerspruch dagegen.

Die Änderungsanträge, die nicht übernommen wurden, sind hellgrau unterlegt und müssen abgestimmt werden.

Die bisher bekannten Kandidaturen werden in einem gesonderten Dokument veröffentlicht.

Zeitplan - NEU

der 2.Tagung des 9. Landesparteitages der Partei Die Linke in Sachsen-Anhalt am 7. und 8. September 2024 in Magdeburg

Samstag, 07. September 2024

- | | |
|-----------|--|
| 10:00 Uhr | Eröffnung |
| 10:10 Uhr | Grußwort der Gäste |
| 10:30 Uhr | Konstituierung des Landesparteitages
(Bestätigung der Tagesordnung und des Zeitplans) |
| 10:40 Uhr | Rede der Landesvorsitzenden / Einbringung des Leitantrages |
| 11:20 Uhr | Aussprache zur Rede der Landesvorsitzenden und zum Leitantrag
(Generaldebatte) |
| 12:20 Uhr | Mittagspause |
| 13:00 Uhr | Fortsetzung Aussprache |
| 14:00 Uhr | Bericht der Mandatsprüfungskommission |
| 14:05 Uhr | Beschlussfassung zum Leitantrag |
| 15:30 Uhr | Berichte des Landesvorstandes, der Landesschiedskommission, der
Landesfinanzrevisionskommission und des Landesausschusses |
| 16:00 Uhr | Aussprache zu den Berichten |
| 16:30 Uhr | Bestätigung der Berichte und Entlastung |
| 16:40 Uhr | Pause |
| 17:00 Uhr | Aufstellung der Kandidatinnen/Kandidaten zur
Wahl der Landesvorsitzenden |
| 17:20 Uhr | Wahlgang zur Wahl der Landesvorsitzenden |
| 17:50 Uhr | Bekanntgabe des Wahlergebnisses zur Wahl der Landesvorsitzenden |
| 18:00 Uhr | Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl der stellvertretenden
Landesvorsitzenden |
| 18:30 Uhr | Wahl der stellvertretenden Landesvorsitzenden |
| 18:50 Uhr | Bekanntgabe der Wahlergebnisse der stellvertretenden Landesvorsitzenden |
| 19:00 Uhr | Aufstellung der Kandidatin/des Kandidaten zur Wahl der
Landesgeschäftsführerin/des Landesgeschäftsführers |
| 19:20 Uhr | Aufstellung der Kandidatin/des Kandidaten zur Wahl der
Landesschatzmeisterin/des Landesschatzmeisters |
| 19:40 Uhr | Wahl der Landesgeschäftsführerin/des
Landesgeschäftsführers und der Landesschatzmeisterin/
des Landesschatzmeisters |
| 19:55 Uhr | Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für den Landesvorstand
(Liste zur Sicherstellung der Mindestquotierung) |
| 20:25 Uhr | Bekanntgabe der Wahlergebnisse für die Landesgeschäftsführerin/ |

- den Landesgeschäftsführer und die Landesschatzmeisterin/den Landesschatzmeister
- 20:35 Uhr Fortsetzung Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für den Landesvorstand (Liste zur Sicherstellung der Mindestquotierung)
- 21:25 Uhr Wahl der Liste zur Sicherstellung der Mindestquotierung für den Landesvorstand
- 21: 35 Uhr Ende des ersten Beratungstages

Sonntag, 08. September 2024

- 10:00 Uhr Fortsetzung der Beratung
- 10:10 Uhr Grußwort der Gäste
- 10:30 Uhr Bekanntgabe der Wahlergebnisse
- 10:40 Uhr Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für die gemischte Liste zur Wahl des Landesvorstandes
- 11:15 Uhr Bericht der Mandatsprüfungskommission
- 11:20 Uhr Wahl der gemischten Liste für den Landesvorstand
- 11:30 Uhr Rede der Vorsitzenden der Landtagsfraktion (Bericht)
- 12:00 Uhr Aussprache zum Bericht der Fraktion
- 12:20 Uhr Bekanntgabe der Wahlergebnisse für die gemischte Liste
- 12:30 Uhr Mittagspause
- 13.10 Uhr Satzungsänderungen / Behandlung und Beschlussfassung der Änderungsanträge zur Landessatzung
- 13:40Uhr Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für die Landesfinanzrevisionskommission (mindestens 3), Landesschiedskommission (mindestens 6), den Bundesausschuss (4 Mitglieder/ Ersatzmitglieder)
- 14:15 Uhr Wahlgänge
- 15:00 Uhr weitere Anträge und Beschlussfassungen
- 15:40 Uhr Bekanntgabe der Wahlergebnisse für die Gremien
- 16:00 Uhr Schlusswort

Besetzung der Arbeitsgremien (geänderte Fassung)

des 9. Landesparteitages der Partei Die Linke Sachsen-Anhalt

(Beschluss der 1. Tagung des 9. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt)

Da einige Genoss:innen, die bisher in den Arbeitsgremien des 9. Landesparteitages gewählt waren entweder ausgetreten sind, ihr Mandat niedergelegt haben oder zur 2. Tagung nicht anwesend sein können, sind Nachwahlen erforderlich. Diese Genoss:innen sind kursiv gedruckt.

Tagungspräsidium

Nicole Anger	Magdeburg
Janina Böttger	Halle (Saale)
Kathrin Gantz	Mansfeld-Südharz
Silke Krause	Burgenlandkreis
Stefanie Mackies	Halle (Saale)
Astrid Meyer	Harz
Jutta Walther	Saalekreis
Petra Weiher	Anhalt-Bitterfeld
N.N.	
Roland Claus	Salzlandkreis
Hendrik Lange	Halle (Saale)
Uwe Loos	Wittenberg
Alexander Luft	Harz
David Schliesing	Börde
Eric Stehr	Burgenlandkreis
Lucas Ufermann	Linksjugend ['solid]
Elias Zarrad	Wittenberg
N.N.	

Mandatsprüfungskommission

Vera Baryshnikov	Magdeburg
Birgit Wagner	Saalekreis
N.N.	
Tim Biermordt	Salzlandkreis
N.N.	

Antragskommission

Birke Bull-Bischoff
Mayra Dahms
Regine Dockhorn
Gritt Kumar
N.N.

Burgenlandkreis
Dessau-Roßlau
Mansfeld-Südharz
LAG Rote Reporter:innen

Gabriel Rücker
Karsten Lippmann
Raik Ohlmeyer
Mario Blasche
Dirk Gernhardt

Magdeburg
Harz
Salzwedel
Stendal
Halle (Saale)

Wahlkommission

Renate Bauer
Iris Gottschalk
Sandra Heiß
Leonie Heyner
Doreen Hildebrandt
Anke Jäger
Angelika Klein
Ina Köhnkow
Sabine Künzel
Sigrid Reinicke
Sylvia Zander

Wittenberg
Magdeburg
LAG Bildungspolitik
Halle (Saale)
Börde
Magdeburg
Mansfeld-Südharz
Stendal
Mansfeld-Südharz
LAG Kommunalpolitik
Jerichower Land

Michael Berghäuser
Robert Brix
Michael Gallrein
Mario Lenke
Bodo Meerheim
Wendelin Scheiner
Matthias Schütz
N.N.
N.N.
N.N.

Dessau-Roßlau
Saalekreis
Börde
Mansfeld-Südharz
Halle (Saale)
Magdeburg
Anhalt-Bitterfeld

PS: Und eventuell finden sich ja noch weitere Genoss:innen, die in den Arbeitsgremien mitarbeiten möchten.

Bericht des Landesvorstandes

Einleitung

In der aktuellen Wahlperiode hat der Landesvorstand eine Vielzahl von Themen und Herausforderungen bearbeitet, um die politische Ausrichtung der Partei zu stärken und die Basisarbeit zu intensivieren.

Thematische Schwerpunkte

Der Landesvorstand beschäftigte sich mit mehreren thematischen Schwerpunkten, darunter:

1. Solidarität mit den Streikenden und ihrer Gewerkschaft im ÖPNV: Ein Initiativantrag zur Solidarität mit den Beschäftigten im öffentlichen Personennahverkehr wurde eingebracht, um eine sozial-ökologische Verkehrswende zu fördern.
2. Antisexistische Arbeit: Die AG Antisexistische Arbeit entwickelte eine Richtlinie als Handlungsempfehlung für die Mitglieder, die kontinuierlich fortgeschrieben wird.
3. Kommunalpolitik: Die AG Kommunalpolitik beschäftigte sich mit den Herausforderungen und Chancen der Kommunalwahlen und definierte vier zentrale Schwerpunkte.
4. Frauenförderplan: Der Frauenförderplan wurde diskutiert, um die Gleichstellung der Geschlechter innerhalb der Partei zu fördern.
5. Arbeitsplanung und Projektideen: Der Landesvorstand entwickelte einen Themenspeicher, der die Verantwortlichkeiten und Zeiträume für verschiedene Projekte festlegt.
6. Ein wichtiger Punkt der Arbeit des Landesvorstandes war die Diskussion über die Notwendigkeit, eine Awareness-Struktur aufzubauen, um ein respektvolles und inklusives Miteinander innerhalb der Partei zu fördern. Schulungen und Workshops sollen dazu beitragen, das Bewusstsein für Diskriminierung und Ungleichheit zu schärfen.

Veranstaltungen, Aktionen und Konferenzen

Der Landesvorstand hat mehrere Veranstaltungen und Aktionen organisiert, um die politischen Ziele der Partei in die Öffentlichkeit zu tragen und die Mitglieder zu mobilisieren. Zu den wichtigsten Aktivitäten zählen:

Aktionen gegen Rechtsextremismus:

Angesichts zunehmender rechtsextremer Tendenzen wurden Demonstrationen und Aktionen organisiert, um ein klares Zeichen für Toleranz und Vielfalt zu setzen. Der Landesvorstand unterstützte diese Veranstaltungen aktiv. Dazu zählen unter anderem die Unterstützung der Proteste gegen AfD Parteitage (Riesa, MD, Essen)

Die GF-Kampagne im Herbst 23 (Es reicht nicht mehr zum Leben), Energiepreise usw.

Innerparteilicher Austausch

Der innerparteiliche Austausch wurde als essenziell für die politische Arbeit angesehen. Der Landesvorstand etablierte verschiedene Formate, um den Dialog zwischen den Mitgliedern zu fördern:

Regelmäßige Kreisvorsitzendenberatungen:

Diese Versammlungen boten den Mitgliedern die Möglichkeit, ihre Anliegen und Ideen einzubringen und aktiv an der politischen Arbeit teilzunehmen.

Arbeitsgruppen:

Der Vorstand bildete Arbeitsgruppen zu spezifischen Themen, die sich mit der Erarbeitung politischer Inhalte und Strategien befassen. Diese Gruppen förderten eine tiefere Auseinandersetzung mit den Themen und stärkten die Mitbestimmung der Mitglieder.

Regionalkonferenzen:

In Vorbereitung auf die Kommunalwahl wurden Regionalkonferenzen mit den Mitgliedern durchgeführt. Diese Konferenzen dienten als Grundlage zur Erarbeitung thematischer Schwerpunkte, die in das Kommunalwahlprogramm integriert wurden.

Zusammenfassung der gefassten Beschlüsse des Landesvorstandes

Der Landesvorstand fasste eine Reihe wichtiger Beschlüsse, darunter:

1. Strukturkonzept: Es wurde eine Debatte über die interne Struktur der Partei angestoßen, um die Effizienz und Zusammenarbeit zu verbessern. Eine Arbeitsgruppe wurde gebildet, um ein Konzept zur künftigen Mitglieder- und Personalentwicklung zu erarbeiten. Die Struktur-AG kam zu keinem Ergebnis, welches dem Landesparteitag vorgelegt werden kann, aus diesem Grund wird die Arbeit mit dem neuen Landesvorstand fortgesetzt.
2. Unterstützung bei der Einführung des neuen Corporate Designs: Der Landesvorstand beschloss, den Prozess zur Umsetzung des neuen Corporate Designs aktiv zu begleiten und Schulungen anzubieten.
3. Schulungen zur Sensibilisierung gegen Sexismus: Im Rahmen eines Bundesparteitagsbeschlusses wurden Schulungen zur Sensibilisierung gegen Sexismus und zur Beratung Betroffener beschlossen.
4. Mobilisierung für die Bürgermeister:innenwahlen 2023: Der Landesvorstand beschloss, die Mitglieder aktiv zu mobilisieren, um an den Bürgermeister:innenwahlen 2023 teilzunehmen.
5. Antidiskriminierung und Schutz von Betroffenen: Es wurden Maßnahmen zur Unterstützung und Beratung von Betroffenen sexueller Diskriminierung beschlossen.

Kommunalwahl

Die Vorbereitung der Kommunal- und Europawahlen war ein zentrales Thema der Arbeit des Landesvorstandes:

Für die strategische und operative Vorbereitung zur Europa- und Kommunalwahl 2024 wurde eine spezifische Wahlkampfstruktur vorgeschlagen:

Wahlkampfleitung: Ein operatives Wahlbüro und ein Wahlplenum des Landesverbandes wurden eingerichtet. Im Wahlplenum sollten alle Stadt- und Kreisverbände vertreten sein,

um gemeinsame Verabredungen zu treffen. Dies ist aus den verschiedensten Gründen nicht gelungen, was deutliche Auswirkungen auf die Organisation des Wahlkampfes hatte.

Kandidatenansprache und -gewinnung: Der Landesvorstand beschloss, die aktive Ansprache und Gewinnung von Kandidat:innen für die Kommunalwahlen 2024 voranzutreiben.

Gemeinsame Ziele und Bündnisse: Es wurde beschlossen, offene Listen und lokale Bündnisse zu fördern, um den solidarischen Zusammenhalt und die demokratische Beteiligung zu stärken.

Vorbereitung und Unterstützung: Ein Patenschaftsprinzip für erfahrene Mandatsträger:innen wurde eingeführt, um jüngere und erstmals kandidierende Personen zu unterstützen.

Kommunalwahlprogramm:

Es wurde ein umfassendes Kommunalwahlprogramm, das die politischen Schwerpunkte der Partei auf kommunaler Ebene widerspiegelt erarbeitet.

Ausblick

Für die Zukunft sind weitere Maßnahmen geplant, um die politischen Inhalte weiterzuentwickeln. Der Landesvorstand wird weiterhin an der Verbesserung der internen Kommunikation arbeiten, um die Mitglieder aktiv in die politische Arbeit einzubeziehen.

Dringlichkeitsantrag

an die 2. Tagung des 9. Landesparteitages der Partei DIE Linke Sachsen-Anhalt

Antragsteller:innen/Unterstützer:innen:

Landesvorstand
KV Wittenberg

Delegierte:

Janina Böttger, Hendrik Lange, Thomas Lippmann, Eva von Angern, Birke Bull-Bischoff, Stefan Gebhardt, Frank Hoffmann, Jutta Walther, Karsten Lippmann, Kathrin Gantz, Roland Claus, Henriette Krebs, Raik Ohlmeyer, Matthias Schütz, Alexander Luft, Nicklas Kurzweil, Veit Kuhr, Nicola Hoppe, Klaus Magenheimer, Elke Rehmann, Uwe Loos, Max Schneller, Eric Stehr, Monika Hohmann, Maika Neie, Andreas Henke, Alexander Sorge, Mathias Baum, Steffen Götz, Ruth Rothe, Mario Blasche, Ina Emmanuel, Nadja Lüttich, Mario Lenke, Mareen Kelle, Uwe Künzel, Tim Biermordt, Adrian Prella, Angelika Klein

Teilnehmerin mit beratender Stimme:

Petra Sitte

Der 9. Landesparteitag möge beschließen:

Die Schule muss im Dorf bleiben! Volksinitiative starten!

Kurze Wege für kurze Beine – diese Forderung nach dem Erhalt aller bestehenden Grundschulen darf nicht dem durch Landespolitik verschuldeten Lehrkräftemangel geopfert werden. Auch Grundschulverbände sind nicht geeignet, Standorte auf Dauer zu sichern, sofern die Grundschule ihre Eigenständigkeit erst einmal verloren hat. Das Schulnetz ist durch die massiven Schulschließungen der letzten 25 Jahre bereits ausgedünnt. Jede weitere Schulschließung ist deshalb eine zu viel.

Wir stehen vor den Folgen einer jahrzehntelang fehlgeleiteten Bildungspolitik. Kinder und Jugendliche werden um Bildungs- und Lebenschancen gebracht, mit all den negativen gesellschaftlichen Konsequenzen. So darf es nicht bleiben. Es muss eine grundlegende Änderung dieses Prozesses eingeleitet werden. Künftig müssen die Bedürfnisse der heranwachsenden Generation in der Politik als Priorität behandelt werden. Insbesondere müssen die Startbedingungen verbessert werden.

Der Parteitag lehnt die neuerlichen Pläne von Landesregierung und CDU-Bildungsministerin zu einer drastischen Erhöhung der Zahl von Schülerinnen und Schülern für die Bildung einer Anfangsklasse und die Erhöhung des tradierten Klassenteilers von bisher 28 Schülerinnen und Schülern entschieden ab.

Der Parteitag fordert die Landtagsfraktion auf, alle parlamentarischen Möglichkeiten zu nutzen, eine Umsetzung dieser neuen Planungsvorhaben zu verhindern. Bereits die derzeitige

gesetzliche Regelung ermöglicht es der Bildungsministerin, per Verordnung die Größe der Eingangsklassen und Schulgrößen willkürlich zu bestimmen. Infolgedessen werden immer wieder kleinere Schulen in Frage gestellt, sind existenziell gefährdet.

Daher startet Die Linke Sachsen-Anhalt eine Volksinitiative, um im Rahmen des Volksabstimmungsgesetzes eine Änderung des Schulgesetzes zu erreichen. Konkretes, aktuelles Ziel soll die gesetzliche Festschreibung progressiver Vorgaben für die Klassenbildung und die Schulgrößen sein, so dass willkürlichen Eingriffen der Schulbehörden in die Schulnetzplanung der kommunalen Schulträger die Grundlage entzogen wird.

Der Parteitag fordert den Landesvorstand auf, dieses Vorhaben in enger Abstimmung mit Kreis- und Stadtverbänden, mit Abgeordneten der gewählten kommunalen und Kreisvertretungen sowie der Landtagsfraktion aktiv zu begleiten und zu gestalten.

Der Parteitag bittet zugleich die Genossinnen und Genossen des Landesverbandes, die Volksinitiative zu unterstützen, um einen entscheidenden Beitrag zum Erhalt und künftigen Ausbau des Schulnetzes in Sachsen-Anhalt zu leisten.

Im Rahmen dieser Volksinitiative soll zugleich Bildungspolitik in ihrer grundsätzlichen Ausrichtung zur Diskussion gestellt werden. Bildungspolitik muss als politische Priorität behandelt werden. Für dieses Ziel streben wir eine aktive gesellschaftliche Unterstützung an.

1 Antragsteller:innen:
2 Landesvorstand

3
4
5 Entwurf

6 **Leitantrag**

7
8 **an die 2. Tagung des 9. Landesparteitages**
9 **der Partei Die Linke Landesverband Sachsen-Anhalt**
10 **am 7. und 8. September 2024 in Magdeburg**

11
12
13

14 **Mit Mut und Zusammenhalt zu einer guten Zukunft**

15
16
17

18 Es ist Zeit, sich zu verändern. Diese Erkenntnis treibt viele Genoss:innen um. Veränderung
19 braucht Mut. Und diesen Mut hat unsere Partei, die die Gesellschaft verändern will, in ihren
20 Genen. Die Linke war und ist einzigartig in der Parteienlandschaft. Links von der Sozialde-
21 mokratie ist sie Antreiberin für Soziale Gerechtigkeit, sie streitet konsequent für Frieden, die
22 Befreiung und Selbstbestimmung aller Menschen, sie kombiniert die Frage nach dem Erhalt
23 unserer Lebensgrundlagen mit dem Ruf nach Gerechtigkeit und sozialen Garantien für die
24 Menschen.

25
26
27
28

26 Doch Die Linke steht an einem Punkt, an dem sie seit ihrer Gründung noch nie war. Sie **droht**
27 **ihre politische Bedeutung zu verlieren.**

29 Die desaströsen Wahlergebnisse lassen nur die Erkenntnis zu, dass sich unsere Partei neu
30 aufstellen muss. Sie braucht einen Neuanfang. Auch in Sachsen-Anhalt hinterlässt der
31 massive Rechtsruck Spuren. Das Herz unserer politischen Arbeit, die starke Kommunalpolitik
32 nah an den Menschen vor Ort, wurde durch die hohen Verluste erschüttert. Und das Ergebnis
33 der Europawahlen gibt einen Ausblick auf die kommenden Bundestagswahlen, auf die sich
34 unsere Partei mit diesem Parteitag genauso vorbereiten muss wie auf die Landtagswahl.

35 **Und darum ist eine schonungslose Analyse zur Situation unserer Partei und der**
36 **vergangenen Wahlen ebenso notwendig wie ein mutiger Blick nach vorn.**

37

38 Unsere Grundwerte Gemeinschaft, Zusammenhalt, Gerechtigkeit werden uns auf diesem Weg
39 leiten. Wir werden uns verändern, um besser und wieder stärker zu werden, damit wir das tun
40 können, was unsere Aufgabe ist: Diese Gesellschaft mit den Menschen zum Guten gestalten.

41

42 Die Stärke unserer Partei war und ist die Einbeziehung aller Mitglieder und auch Sympathi-
43 sant:innen bei Diskussionen um die Entwicklung guter Ideen, bei Wahlkämpfen und auch bei
44 unseren Erfolgen bzw. Misserfolgen. Gerade jedoch Misserfolge sind es, die uns mürbe
45 machen und deshalb wollen wir gemeinsam wieder zurück auf die Erfolgsspur. Und wir sagen:
46 Wir haben das Zeug dazu!

47

48 Eine Partei, die Neugier, Leidenschaft, Selbstbewusstsein und Zusammenhalt nicht nur
49 gesellschaftlich einfordert, sondern auch ausstrahlt, ist eine Partei, in der man Lust hat
50 mitzuwirken. Das ist eine Partei, der man vertraut und die man unterstützen möchte. Wir
51 haben auf kommunaler und Landesebene bewiesen, dass wir eine verlässliche linke Kraft
52 sind. Wir streiten z.B. für eine bessere Kinderbetreuung, für eine glückliche Kindheit ohne
53 Armut, für eine chancengerechte Bildung, für bezahlbaren Wohnraum, für bezahlbaren
54 Nahverkehr, für ein gutes Gesundheitssystem für alle und mehr demokratische Mitsprache für
55 alle Bürger:innen – kurz: Für eine bessere Gesellschaft!

56
57 Es ist an der Zeit, den Menschen deutlich zu machen, dass wir bei Wahlen ihre Stimme
58 brauchen, um in unserem Engagement für ihre Interessen gestärkt weitermachen zu können.
59 Dabei muss es uns gelingen, deutlich zu machen, dass die Themen der Zukunft nicht Hass
60 und Hetze, nicht Polarisierung und bewusste Aushöhlung des Vertrauens in Demokratie und
61 Menschenrechte sind. Die Themen der Zukunft liegen in gleichwertigen Lebensverhältnissen
62 für alle Menschen in unserem Land. Dies auf populäre Weise darzustellen, ist unsere
63 gemeinsame Aufgabe. Wir müssen wieder die Herzen der Menschen erreichen.

Änderungsantrag 27 zum Leitantrag

Antragsteller:innen: Annett Baumgärtel, Jutta Walther, Kreisverband Saalekreis

Die Zeilen 59 bis 63 sollen wie folgt neu formuliert werden:
Die Themen der Zukunft liegen in gleichwertigen Lebensverhältnissen für alle Menschen in
unserem Land. Es muss uns gelingen, Zeichen zu setzen gegen Hass und Hetze, gegen
Polarisierung und bewusste Aushöhlung des Vertrauens in Demokratie und
Menschenrechte. Dies auf populäre Weise darzustellen, ist unsere gemeinsame Aufgabe.
Wir müssen die Herzen der Menschen erreichen.

Begründung:

Mit dieser Formulierung soll zuerst benannt werden, was wir wollen: das Positive. Erst
danach benennen wir, was wir nicht wollen. Wir verzichten bewusst auf das Wort „nicht“,
welches beim Überlesen einen völlig falschen Sinn ergeben würde.

Der Landesvorstand übernimmt.

64
65 Lasst uns nicht mit Angst in die Zukunft schauen. Es gibt vieles, was wir beeinflussen können.

Änderungsantrag 28 zum Leitantrag

Antragsteller:innen: Annett Baumgärtel, Jutta Walther, Kreisverband Saalekreis

Der erste Satz Zeile 65 soll wie folgt formuliert werden:
Lasst uns mit Zuversicht in die Zukunft schauen.

Begründung:

Wir wollen bewusst das Wort „Angst“ vermeiden, sondern einen positiven Ausblick
vermitteln.

Der Landesvorstand übernimmt.

66 Das Scheitern der Linken in Europa, in Deutschland, in Sachsen-Anhalt ist kein Naturgesetz.
67 **Wir haben unsere Zukunft in der Hand!**

Änderungsantrag 4 zum Leitantrag

Antragsteller:innen: Nicole Anger, Achim Bittrich, Uwe Loos, Alexander Sorge

Zeilen 14 bis 67 ersetzen durch:

Mit Klarheit und Entschlossenheit zu neuer Stärke

Unsere Partei steht mitten in ihrer schwersten Krise, und das nicht erst seit der Europa- und Kommunalwahl. Die politischen Verwerfungen in dieser Gesellschaft, der Rechtsruck und das katastrophale Staatsversagen auf vielen Gebieten zeigen uns aber, dass eine starke linke Kraft mit ihren Grundwerten in unserem Land gebraucht wird. Es ist also an uns, die notwendigen Entscheidungen zu fällen und unseren Platz im gesellschaftlichen System neu zu erkämpfen. Dazu benötigen wir eine konsequente Analyse auch zu unseren Fehlern, aber eben auch Klarheit und Wiedererkennbarkeit in unserer politischen Agenda.

Der Zusammenschluss der PDS mit der WASG zur Partei DIE LINKE war auch eine Folge der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die Schrödersche Agenda 2010. Nicht nur wir haben damals erkannt, dass der massive Sozialabbau nur durch eine breite Bewegung verhindert werden kann, die gesellschaftliche Akteure mit unterschiedlichen Ausgangspunkten, aber einer gemeinsamen Zielstellung zusammenbindet. Verbunden mit unserem Markenkern, dem Kampf um soziale Gerechtigkeit, haben wir ein Signal der Hoffnung auf Veränderungen ausgesendet, was auf eine breite gesellschaftliche Resonanz stieß. Versäumt haben wir, auf dieser Basis die gesellschaftliche Anbindung zu stabilisieren und auszubauen, stattdessen haben wir unsere inneren Widersprüche kultiviert, uns mit einer Selbstetikettierung begnügt und uns aus gesellschaftlichen Diskursen zunehmend verabschiedet. Debatten zu drängenden politischen Fragen wurden entweder auf die lange Bank geschoben, in einem Akt der Hilflosigkeit durch Formelkompromisse verwässert oder völlig unterbunden. Eine programmatische Untersetzung und Fortschreibung der Erkenntnisse aus den Anfangsjahren gab es genau so wenig wie eine Weiterentwicklung unseres Markenkerns. Eine moralische Aufwertung durch Abwertung kritisch-konstruktiver Hinweise aus Partei und Gesellschaft führt zu Isolierung und Selbstüberschätzung. Unsere gesellschaftliche Akzeptanz haben wir dadurch zunehmend verloren, wie auch an den Wahlergebnissen seit 2012 abzulesen ist. Darüber können auch die Zwischenhochs wie in Thüringen nicht hinwegtäuschen. Hinzu kommen eine gewachsene Kultur der kollektiven Verantwortungslosigkeit und die damit verbundene oberflächliche Suche nach den Ursachen unsere Misserfolge bei anderen Parteien oder gar in der Umsetzung von Wahlkampagnen. Die aus den Ergebnissen den Europa- und Kommunalwahlen 2024 ersichtliche Beschleunigung des Niedergangs zeigt mehr als deutlich, dass DIE LINKE schleichend in der Bedeutungslosigkeit versinkt.

Wir sind aber überzeugt davon, dass eine demokratisch-sozialistische Partei in dieser Gesellschaft gebraucht wird. Dann müssen wir auch hinterfragen, was das für uns konkret bedeutet.

Eine demokratische Linke ist sich der Tatsache bewusst, dass wir eine Menschheit sind, die in einer Welt lebt. Daher sieht sie die Kämpfe für Existenzsicherheit, Freiheit, Gleichheit und Anerkennung als gleichwertig an und führt sie gemeinsam:

- Existenzsicherheit ist für uns mehr als die materielle Absicherung und die Planbarkeit eines guten Lebens. Wir wollen die Entsolidarisierung, das Ausgeliefertsein in dieser Gesellschaft überwinden. Die Garantie für das Recht auf

Leben und Unversehrtheit ist in unserer Agenda nicht nur mit sozialer und öffentlicher Sicherheit verbunden, sondern eben auch mit ökologischer.

- Freiheit und selbstbestimmte Lebensgestaltung sind das Ziel unserer Kämpfe gegen Willkür, Unterdrückung, Fremdbestimmung und Abhängigkeiten. Der Stand der Durchsetzung politischer Menschenrechte, der Demokratie und der Qualität der Gewaltenteilung sind ein Maßstab für Freiheit. In unserer politischen Agenda sind Freiheit und Sozialismus eng verbunden und können nicht gegeneinander aufgewogen werden. Globale Prozesse und die Reichweite ökonomischer Verflechtung einerseits sowie nationalstaatlich verfasste Politik andererseits führen zu immer neuen gesellschaftlichen Spaltungen und damit zu neuen Kämpfen um Freiheit und Anerkennung.
- Eine demokratische Linke kämpft entschieden gegen Ausbeutung, ungleiche und hierarchische Arbeitsteilung, ungleiche Verteilung von Reichtum, Vermögen und möglicher Verfügung über Zeit sowie monopolisierte Verfügungs- und Entscheidungsmacht, also kurz gegen jede Form der ungerechten Ungleichheit. Gleichheit bezieht sich nicht nur auf soziale Aspekte wie Einkommen und Vermögen, sondern auf demokratische Rechte und die freie Entfaltung der Persönlichkeit. In diesem Sinn ist Gleichheit das Ergebnis sozialer Kämpfe und der Selbstveränderung und zugleich ihr Leitbild. Demokratische linke Politik geht von der gleichen Würde des Menschen aus und respektiert damit auch ihre individuelle Vielfalt.

Kurz gesagt - für eine demokratische sozialistische Linke ist der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte, sie kämpft für dessen Überwindung. Sie kämpft für eine gerechte Gesellschaft, in der Gleichheit, Freiheit, Solidarität und Schwesterlichkeit die Leitbilder sind.

Es ist jetzt an uns, dass in der täglichen Arbeit in konkretes Handeln zu übersetzen, in der Kommune, im Land und im Bund. Voraussetzung ist natürlich eine kritische und selbstkritische Analyse der Ursachen der Fehlentwicklung. Und wir brauchen Eindeutigkeit und Klarheit in unserer politischen Agenda sowie Mut und Entschlossenheit, uns wieder aktiv in die gesellschaftlichen Debatten einzubringen. Wir tragen gemeinsam die Verantwortung dafür, dass sich eine demokratische-sozialistische Linke den notwendigen Platz in der Gesellschaft wieder erkämpft. DIE LINKE – das sind wir.

Begründung:

Aus unserer Sicht benötigen wir mehr Klarheit und weniger Bilder. Was ist mit einer „guten Zukunft“ gemeint? Der erste Satz „Es ist Zeit, sich zu verändern.“ Ist für uns ohne Aussage und steht leer im Raum. Uns geht es um grundsätzliches, das fehlt komplett im Einstieg.

68

69

70

71

72

73

74

75

1 – Politische Situation nach der Kommunal- und Europawahl

Die Linke hat auf europäischer Ebene und auf kommunaler Ebene verloren. Europa und die Kommunen in Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen und weiteren Bundesländern rücken weiter nach rechts.

76 **Die vielbeschworene Brandmauer der CDU zur AfD hat nach der Kommunalwahl tiefe**
77 **Risse bekommen.** In vielen Kommunen in Sachsen-Anhalt stellt die AfD Ortschaftsräte,
78 (stellvertretende) Kreistags- und Gemeinderatsvorsitzende und das in Zusammenarbeit und
79 Abstimmung mit der CDU. **Die Gestaltungsspielräume für unsere Politik, für soziale und**
80 **progressive Politik, sind deutlich kleiner geworden.** Auf unsere kommunalen Mandats-
81 und Funktionsträger:innen werden große Herausforderungen zukommen, bei den derzeitigen
82 Mehrheitsverhältnissen eigene Projekte, Anträge und Ideen durchzusetzen und gleichzeitig
83 Verschlechterungen, Kürzungen bei sozialen Projekten, bei der Kinder- und Jugendarbeit, bei
84 Mobilitätsangeboten usw. zu verhindern. Die Hoffnung, dass die AfD entzaubert wird, wenn
85 sie Verantwortung übernehmen muss, wird sich nicht erfüllen, vielmehr werden tatsächliche
86 Verschlechterungen bei der Daseinsvorsorge, bei sozialen Projekten, bei Dienstleistungen der
87 Verwaltung konkret werden und nur sehr langsam wieder zurückgedreht werden können.

88
89 Der Wahlerfolg des neuen Linksbündnisses in Frankreich, welches einen Wahlsieg der
90 rechtsextremen Partei von Marine Le Pen, Rassemblement National verhinderte, der Wahlsieg
91 der Labour-Partei in Großbritannien und die Abwahl der national-konservativen PiS-Partei in
92 Polen lassen auf eine andere Zukunft hoffen. Dennoch wird sich erst in den nächsten Jahren
93 entscheiden, ob sie für uns ein Blick in die Zukunft oder ein Blick zurück sind. Holen sie nur
94 das nach, was wir seit 2021 erleben oder sind sie ein neuer gangbarer Weg für die Zukunft?
95 SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurden im Bund für ein Versprechen gewählt, das eine
96 bessere Zukunft, mehr Respekt, mehr soziale Sicherheit versprach. Dieses Versprechen
97 wurde nicht eingehalten. Die Umfrageergebnisse und die Ergebnisse der Europawahl lassen
98 vermuten, dass die derzeitige Bundesregierung nicht weitergeführt werden kann. Nach 16
99 Jahren CDU in der Bundesregierung in unterschiedlicher Konstellation, droht nach nur einer
100 Legislaturperiode diese wieder in die Nähe der Regierungsverantwortung zu kommen.
101 Fraglich ist allerdings, ob sie dann in eine Koalition mit der AfD oder anderen Parteien geht.
102 Das Parteiensystem in Deutschland zerfasert immer mehr. Eine Koalition mit nur zwei
103 Parteien auf Bundesebene scheint der Vergangenheit anzugehören.

104
105 **Gleichzeitig erleben wir eine Erosion der Demokratie,** ein stark wachsendes Misstrauen
106 gegen staatliche Institutionen, gegen die Politik im Allgemeinen, bei der Problemlösungs-
107 kompetenz von Politik, gegen die Demokratie an sich, vor allem in Ostdeutschland. Viele
108 Menschen, so zeigen es auch Fokusgruppenumfragen u.a. in Brandenburg, empfinden Politik
109 als zu weit weg von ihrer eigenen Lebenssituation, sie fühlen sich mit ihren Alltagsproblemen
110 zu wenig gesehen und auch nicht ernst genommen. Während der Politik des Bundes dabei vor
111 allem negative Auswirkungen auf die eigene Lebenssituation zugerechnet werden, wird die
112 Landespolitik als im Grunde bedeutungslos wahrgenommen. Ein Befund, der nicht nur für
113 Brandenburg, sondern auch für Sachsen-Anhalt anzunehmen ist. **Die Krisenerfahrung der**
114 **letzten Jahre hat das Vertrauen in die Problemlösungskompetenz von Politik zusätzlich**
115 **beschädigt,** d.h. das Vertrauen, dass Politik überhaupt in der Lage ist, die wahrgenommenen
116 Probleme lösen zu können, ist stark zurückgegangen. **Vielmehr hat sich ein Gefühl der**
117 **Ohnmacht breit gemacht, verstärkt durch eine Pandemie, den Krieg in der Ukraine**
118 **und die gestiegenen Lebenshaltungskosten.** Diese Ohnmacht führt unabhängig von der
119 eigenen sozialen Situation zu einem erhöhten Sicherheitsbedürfnis. Sicherheit ist dabei in
120 einem weiten Sinne zu verstehen, **Sicherheit, frei von Krieg leben zu können, frei von**
121 **Armut, soziale Sicherheit, berufliche Sicherheit, aber vor allem Planungssicherheit.**
122 **Die Menschen erwarten von Politik planvolles, vorausschauendes, verlässliches**
123 **Handeln.**

124

125 Auch das sozial-, wirtschafts- und infrastrukturelle Umfeld beeinflusst individuelle
126 Einstellungen und Wahlentscheidungen. Wahlnachbefragungen zeigen bei der Europawahl
127 deutlich, dass AfD und BSW vor allem in ländlichen Regionen gewählt werden, hingegen Die
128 Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor allem in den Großstädten. **Faktoren wie etwa**
129 **Bevölkerungsgrößen von Gemeinden, negativer Wanderungssaldo, hohe Arbeitslosen-**
130 **zahl und schlechte Anbindung an die Infrastruktur können sich auf die Stimmenanteile**
131 **der AfD auswirken.** Gleichzeitig gibt es verfestigte extrem rechte Milieus, wie auch schon
132 Wahlergebnisse für die DVU zeigten und Studien nachweisen. Jedoch, die AfD wird nicht nur
133 in kleinen, schrumpfenden Gemeinden gewählt, sondern auch in größeren Städten bzw.
134 Stadtteilen.

135
136 Rechte Parteien profitieren von Sparpolitik und dem Abbau öffentlicher Daseinsvorsorge.
137 Dort, wo die Verpflichtung zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse (subjektiv
138 empfunden, aber auch objektiv) nicht (ausreichend) eingelöst wird, haben es antidemokrati-
139 sche Kräfte leichter. Unabhängig von der persönlichen Betroffenheit von sozialer Ungleichheit
140 entsteht in strukturschwachen Regionen ein Gefühl des Abgehängtseins.

141
142 Anzunehmen ist, dass eine aktive, demokratische Zivilgesellschaft und gute sozial-,
143 wirtschafts- und infrastrukturelle Ausgangsbedingungen eher die Wahl demokratischer
144 Parteien befördert, wohingegen verfestigte extrem rechte Milieus und schlechte Struktur-
145 bedingungen zusammengenommen das Risiko der Wahl extrem rechter Parteien erhöhen.
146 Diese Befunde sind nicht neu, verstärken aber die **Notwendigkeit, dass wir als Partei für**
147 **den Grundsatz der gleichwertigen Lebensverhältnisse noch stärker eintreten und**
148 **konkrete Lösungsansätze anbieten,** die Daseinsvorsorge weiter auszubauen, statt sie
149 zusammenzukürzen. Oft scheitern wir jedoch nicht an den Ideen und Lösungsvorschlägen,
150 sondern an den Mehrheitsverhältnissen und dem nicht vorhandenen Willen anderer Parteien,
151 hier stärker zu investieren. Auch die CDU-/SPD-/FDP-Koalition in Sachsen-Anhalt ist nicht in
152 der Lage, dem Versagen der Ampel-Regierung etwas entgegenzusetzen. **Im Zentrum steht**
153 **hier das Versagen beim Thema Bildung und Gesundheit.** Der zum großen Teil

Änderungsantrag 29 zu Leitantrag

Antragstellerinnen: Annett Baumgärtel, Jutta Walther, Kreisverband Saalekreis

Die Zeilen 149 ff. sind wie folgt neu zu formulieren:

Unsere Ideen und Lösungsvorschläge sind gewinnbringend, scheitern jedoch an den Mehrheitsverhältnissen und dem fehlenden Willen der anderen Parteien.... **im Zentrum steht hier das Versagen bei den Themen Bildung und Gesundheit**

Begründung:

Das Positive an unseren Ideen zuerst benennen. Hinweis im 2. Satz redaktionell.

Der Landesvorstand übernimmt.

154 hausgemachte Personalnotstand in den Schulen und die weitgehende Inaktivität der
155 Landesregierung beim Abbau der Gesundheitsversorgung, insbesondere im ländlichen Raum,
156 forcieren ein gesellschaftliches Klima von Angst und Pessimismus.

157
158 Die Diskussion auf Bundesebene zur Schuldenbremse zeigt die **Nichtbereitschaft anderer**

Änderungsantrag 5 zum Leitantrag

Antragsteller:innen: Nicole Anger, Achim Bittrich, Alexander Sorge

Zeile 158:

„Nichtbereitschaft“ ersetzen durch „Verweigerungshaltung“

Begründung:

Das macht es deutlicher.

Der Landesvorstand übernimmt.

159 **Parteien, notwendige Investitionen in die Infrastruktur oder Daseinsvorsorge zu**
160 **leisten.** Die jüngsten Vorschläge vom Parteivorsitzenden der CDU, Friedrich Merz, dass
161 Bahnangebot weiter auszudünnen, sind ein weiterer Beleg. Ein Ausdünnen würde mit aller
162 Wahrscheinlichkeit nicht die gut ausgelasteten Strecken mit vielen Fahrgästen betreffen,
163 sondern eben wieder jene in der Peripherie, im ländlichen Raum. Es hätte ein weiteres
164 Abhängen von Regionen, von Dörfern und Menschen, die in diesen Dörfern leben, zur Folge.
165 Das objektive Gefühl des Abgehängtseins würde weiter steigen. Ähnlich verhält es sich mit
166 dem Schließen von Geburtsstationen, Krankenhäusern und Schulen. Diesem entgegen-
167 zuwirken und immer wieder den Finger in die Wunde zu legen, wird eine der vordringlichsten
168 Aufgaben für uns als Partei, als Landesverband sein.

169
170 Es wäre fatal zu glauben, dass soziale Verbesserungen oder die Abwehr von Verschlech-
171 terungen alleine dem Rechtsruck den Boden entziehen könnten, da es verfestigte extrem
172 rechte Milieus in Sachsen-Anhalt gibt, sie sind aber ein Teil dessen, was notwendig ist.

173

Wo stehen wir als Partei?

174

175
176 2007 schlossen sich PDS und WASG zur Partei DIE LINKE zusammen. Dieser Zusammen-
177 schluss war auch eine Folge der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die
178 Schrödersche Agenda 2010. Nicht nur wir haben **damals erkannt, dass der massive**
179 **Sozialabbau nur durch eine breite Bewegung verhindert werden kann, die**
180 **gesellschaftliche Akteure mit unterschiedlichen Ausgangspunkten, aber einer**
181 **gemeinsamen Zielstellung zusammenbindet.** Verbunden mit unserem Markenkern, dem
182 Kampf um soziale Gerechtigkeit, haben wir ein Signal der Hoffnung auf Veränderungen
183 ausgesendet, was auf eine breite gesellschaftliche Resonanz stieß.

184 Versäumt haben wir, auf dieser Basis die gesellschaftliche Anbindung zu stabilisieren und
185 auszubauen, stattdessen wurden unsere inneren Widersprüche kultiviert und wir haben uns
186 aus gesellschaftlichen Debatten zunehmend verabschiedet. Eine programmatische
187 Untersetzung und Fortschreibung der Erkenntnisse aus den Anfangsjahren wurde versäumt,
188 genauso wie eine Weiterentwicklung des Markenkerns. Unsere gesellschaftliche Akzeptanz
189 haben wir dadurch zunehmend verloren, wie auch an den Wahlergebnissen seit 2012
190 abzulesen ist.

Änderungsantrag 6 zum Leitantrag

Antragsteller:innen: Nicole Anger, Achim Bittrich, Alexander Sorge

Zeilen 176 bis 190 streichen

Begründung:

Die stehen vorn, im Änderungsvorschlag zur Einleitung. Im Folgenden werden die Wahlen beleuchtet.

191

192 Die Ergebnisse der Europawahlen dokumentieren diesen **massiven Bedeutungsverlust der**
193 **Linken in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung.** Während bundesweit eine
194 Halbierung der Ergebnisse zu verzeichnen war, verlor Die Linke im Osten insgesamt, auch in

195 Sachsen-Anhalt, zwei Drittel ihrer Wähleranteile. In den Flächenländern Ost bewegen sich die
196 Ergebnisse mit der Ausnahme von Thüringen zwischen 4,4 und 4,9 Prozent (Sachsen-Anhalt
197 4,8 Prozent) und machen deutlich, dass es sich hierbei um einen bundesweiten Trend
198 handelt. Geringfügige Stimmengewinne in der Wählerwanderung von ehemaligen
199 Wähler:innen der Grünen stehen massive Verluste in Richtung Nichtwähler-Lager, BSW und
200 anderen Parteien gegenüber. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei den Kommunalwahlen in
201 Sachsen-Anhalt, bei denen sich die Stimmenanteile der Linken um 45 Prozent verringert
202 haben. In manchen Kommunen liegt der Verlust bei über 50 Prozent. Im Verhältnis zu allen
203 anderen ostdeutschen Flächenländern ist dieser Verlust etwas geringer, allerdings muss
204 beachtet werden, dass das BSW auf kommunaler Ebene in Sachsen-Anhalt nicht unter diesem
205 Namen antreten durfte. Geringere Verluste gab es bei den Kommunalwahlen in Sachsen-
206 Anhalt vor allem dort, wo Die Linke mit Bürgermeister:innen vertreten ist und Gestaltungs-
207 spielraum hat.

208
209 Das zeigen uns Wahlergebnisse zur Kommunalwahl in Köthen, Bernburg, Aken, Hettstedt und
210 Salzwedel. Darauf müssen wir aufbauen. **In den Kommunen sind wir nah an den**
211 **Menschen.** Diese Nähe müssen wir weiter ausbauen. Sowohl unsere Oberbürger-
212 meisterinnen Christina Buchheim in Köthen und Dr. Silvia Ristow in Bernburg, als auch unsere
213 Ortsvorsteherin Christel Lück in Gräfenhainichen, unsere vielen Ortsbürgermeister:innen,
214 unsere Mitglieder der Kreistage, Stadt- und Gemeinderäte bis hin zu den Genoss:innen in den
215 Ortschaftsräten, die konkrete linke Politik vor Ort machen und damit die Gesichter unserer
216 Partei sind, haben zu solchen Hoffnungszeichen beigetragen. Mit Ines Schwerdtner hatte der
217 Landesverband für die Europawahl eine außerordentlich aktive und überzeugende Kandidatin
218 nominiert.

219 Dennoch: **Den starken Verlusten der Linken stehen massive Gewinne der AfD bei der**
220 **Kommunal- und Europawahl in Sachsen-Anhalt gegenüber.**

Änderungsantrag 3 zum Leitantrag

Antragstellerin: Kreisvorstand Wittenberg

Zeilen 219/220: streichen, dafür folgenden Text einsetzen:

Eine kritische und ehrliche Analyse der Europa- und Kommunalwahlen steht noch aus. Auch bei anderen Wahlen seit 2016 hat es diese nicht im notwendigen Umfang gegeben. Der Landesvorstand legt bis zum Ende des III. Quartals eine Analyse der Europa- und Kommunalwahlen vor. Diese wird dann in Regionalkonferenzen mit den Genossinnen und Genossen diskutiert und es werden Schlussfolgerungen für die anstehenden Wahlen daraus gezogen.

Begründung:

Seit 2016 hat es keine **kritische und ehrliche Analyse der Europa- und Kommunalwahlen** gegeben. Schlussfolgerungen müssen gemeinsam mit den Stadt- und Kreisverbänden erarbeitet werden.

Änderungsantrag 7 zum Leitantrag

Antragsteller:innen: Nicole Anger, Achim Bittrich, Alexander Sorge

Zeile 219-220: Satz streichen

Begründung:

Der Satz steht nach den kleinen Lichtblicken leer im Raum. Es besteht hier auch kein Grund, das erschreckende Wahlergebnis der AfD zu erwähnen.

Der Landesvorstand übernimmt.

221

222 **Es braucht Klarheit und Konzepte**

Änderungsantrag Nr.: 8 zum Leitantrag

Antragsteller:innen: Nicole Anger, Achim Bittrich, Alexander Sorge

Zeile 222 ersetzen durch:

„Wir brauchen Klarheit und Konzepte“

Begründung:

Es geht um uns.

Der Landesvorstand übernimmt.

223
224 Trotz des mutigen und engagierten Einsatzes der Wahlkämpfer:innen ist es **der Linken nicht**
225 **gelingen, die Wähler:innen von linken Alternativen zum rechten Mainstream zu**
226 **überzeugen**. Bei der Europawahlkampagne auf das Thema Umverteilung und soziale Themen
227 zu setzen, traf auf eine Situation, in der Migration und der Krieg in der Ukraine die
228 bestimmenden Themen waren. Während bei der Europawahl 2019 die Verteidigung der
229 europäischen Integration gegen den Nationalismus der Rechtsextremen einen mobilisie-
230 renden Faktor darstellte, war dies bei den Europawahlen in diesem Jahr nicht mehr der Fall.

231
232 Insbesondere beim Thema Migration wurde deutlich, dass ein fehlendes schlüssiges Konzept
233 seitens der Linken den rechten Vormarsch begünstigte. In der Frage des russischen Angriffs
234 auf die Ukraine gab es neben übereinstimmenden Positionen in der Partei, wie die Ablehnung
235 des Aufrüstungsprogramms der Bundeswehr, erhebliche Differenzen bei der Bewertung des
236 Krieges. Die gesellschaftliche Debatte bewegte sich zwischen der Forcierung von Aufrüstung
237 und NATO-Kriegsrhetorik auf der Seite von CDU, Grünen, FDP und Teilen der SPD und offener
238 Sympathie oder stillschweigende Akzeptanz für den russischen Imperialismus auf Seiten von
239 AfD und BSW. Die Beschlusslage der Linken, diesen russischen Angriff zu verurteilen und mit
240 bestimmten, nur auf die Kriegsfähigkeit Russlands zielenden Sanktionen zu antworten, auf
241 der anderen Seite aber alles einzufordern, was einen schnellen Waffenstillstand einleitet, um
242 Friedensverhandlungen zu ermöglichen und Waffenlieferungen in das Kriegsgebiet zu
243 verbieten, wurde teilweise von Äußerungen aus der Partei konterkariert, aber vor allem fand
244 diese auf der einen Seite differenzierte und auf der anderen Seite unvollständige Position in
245 einer polarisierten Auseinandersetzung kaum Anklang.

246
247 **Der Linken gelang es also nicht, überzeugende Antworten auf gesellschaftliche**
248 **Konflikte zu geben**. Interne Differenzen, insbesondere zum Gaza-Krieg, wurden auf die

Änderungsantrag Nr.: 9 zum Leitantrag

Antragsteller:innen: Nicole Anger, Achim Bittrich, Alexander Sorge

Zeile 248:

Satz ab „Interne Differenzen“ streichen

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Der Antrag wurde zurückgezogen.

249 Straße und in die sozialen Medien getragen, statt sie intern zu diskutieren.

250
251 **Wen sprechen wir an?**

252
253 Da die Verluste in den unterschiedlichen sozialen Gruppen (nicht nur in Sachsen-Anhalt)

Änderungsantrag Nr.: 10 zum Leitantrag

Antragsteller:innen: Nicole Anger, Achim Bittrich, Alexander Sorge

Zeile 253:

soziale Gruppen durch soziale Klassen ersetzen.

Der Antrag wurde zurückgezogen.

254 differenziert ausfallen, stellt sich die Frage nach den Zielgruppen der Partei. Die Verluste sind
 255 besonders hoch bei der älteren Generation, bei Arbeiter:innen und Menschen mit geringem
 256 Einkommen knapp oberhalb des Bürgergeldes. In diesen Gruppen hat Die Linke eine

Änderungsantrag Nr.: 30 zum Leitantrag

Antragsteller: Lukas Wanke (Delegierter SV Halle)

Zeilen 257-261:

„In diesen Gruppen hat Die Linke eine kulturelle Entfremdung zu verzeichnen. Sie wird hier kaum noch als Interessenvertretung wahrgenommen. Die Erwartung, dass eine Partei etwas für die Menschen tut, statt sich „nur“ mit ihnen in Bewegungen zu organisieren, ist hier besonders ausgeprägt. Sie drückt sich auch in der Enttäuschung darüber aus, dass es der Linken nur unzureichend gelungen ist, ihre Ziele politisch umzusetzen.“

Ändern in:

„Von diesen Gruppen hat Die Linke sich entfremdet. Sie wird nicht mehr als ihre Interessenvertretung wahrgenommen. Hier ist vor allem die Enttäuschung darüber ausgeprägt, dass es uns trotz Engagement in Protesten und in Parlamenten nicht gelungen ist, die Verschlechterung der sozialen Lage zu verhindern.“

Begründung:

Es scheint nicht klug, das Paradigma kultureller Entfremdung selbst zu reproduzieren und sich an kulturkämpferischen Begriffen zu orientieren. Zwar gibt es Analysen, wie etwa von Carsten Braband in der „Zeitschrift Luxemburg“, die auf das in gesellschaftspolitischen Positionen sehr weit auseinander fallende Lager der „Ex-Linken“ hinweisen (z.B. in der Migrationspolitik), aber damit ist noch nichts darüber ausgesagt, ob diese Tatsache den Stimmverlust bedingt. Viel eher ist zu erwarten und deshalb auch zu formulieren, dass die relative Erfolglosigkeit gegenüber dem Neoliberalismus dazu geführt hat, dass andere (u.a. identitätspolitisch aufgeladene) Konfliktpunkte in den Vordergrund gerückt sind. Die Frage, die man sich dann aber stellen muss, ist nicht, wie man diese Konfliktpunkte nivellieren kann, sondern zuerst, wie man glaubwürdig Erfolg versprechen kann. Diese Überlegung wird von der historischen Beobachtung gestützt, dass PDS/Die Linke insbesondere in Ostdeutschland ihre größten Aufbau- und Wahlerfolge in der jeweiligen Hochphase der Neoliberalismus-Krisen der Nuller Jahre hatte.

Der Landesvorstand übernimmt.

257 kulturelle Entfremdung zu verzeichnen. Sie wird hier kaum noch als Interessenvertretung
 258 wahrgenommen. Die Erwartung, dass eine Partei etwas für die Menschen tut, statt sich „nur“

Änderungsantrag Nr.: 11 zum Leitantrag

Antragsteller:innen: Nicole Anger, Achim Bittrich, Alexander Sorge

Zeile 258-259:

Satz ab „Die Erwartung ...“ streichen.

Antrag hat sich mit der Übernahme des ÄA Nr. 30 durch den Landesvorstand erledigt.

259 mit ihnen in Bewegungen zu organisieren, ist hier besonders ausgeprägt. Sie drückt sich auch
 260 in der Enttäuschung darüber aus, dass es der Linken nur unzureichend gelungen ist, ihre Ziele
 261 politisch umzusetzen.

262
263 Die Wahlen zum Europäischen Parlament haben aber auch gezeigt, dass es anders geht. Die
264 Linkspartei in Finnland hat ein überragendes Ergebnis eingefahren, in Schweden, Dänemark
265 und Frankreich ist man gestärkt aus den Wahlen hervorgegangen, auch aus Spanien, Italien
266 und Belgien gibt es Hoffnungszeichen. Diese Parteien sind zum Teil mit sehr unterschied-
267 lichen, aber in sich jeweils schlüssigen und abgestimmten Konzepten in die Europawahlen
268 gegangen. **Diesen Weg der Klärung können auch wir in einer solidarischen Form gehen,
269 bei der aber am Ende der Diskussion für die Partei verbindliche Antworten stehen
270 müssen.**

Änderungsantrag Nr.: 12 zum Leitantrag

Antragssteller:innen: Nicole Anger, Achim Bittrich, Alexander Sorge

Zeilen 268-270 ersetzen durch:

„Natürlich sind diese Konzepte nicht einfach übertragbar, sie zeigen aber, dass eine innerparteiliche Debatte auch zu klären, in der Gesellschaft akzeptierten Antworten führen kann.“

Begründung:

Im Originalsatz fehlt der Bezug zum vorherigen Text.

271

272

273 **2 - Entwicklung der Partei und strukturelle Herausforderungen**

274

275 **Eine aktive Partei lebt von und mit ihren Mitgliedern.** Die Linke lehnt Spenden aus
276 Unternehmen ab. Die politische Arbeit wird somit durch die Mitglieder und Sympathi-
277 sant:innen finanziert. Zwar fanden seit 2023 bis zum Stichtag 1.7.2024 zahlreiche neue

Änderungsantrag Nr.: 13 zum Leitantrag

Antragsteller:innen: Nicole Anger, Achim Bittrich, Alexander Sorge

Zeile 277: streichen der beiden Sätze von „Die Linke lehnt finanziert.“

Begründung:

Satz zu Spenden streichen, erstens ist er so nicht korrekt und zweitens passt er nicht in die Mitgliederentwicklung. Außerdem kommt das weiter unten ohnehin.

Der Landesvorstand übernimmt.

278 Mitglieder zu uns (229), doch verlor die Partei durch Austritte auch 427 Mitglieder. Das
279 Durchschnittsalter ist mit 61 Jahren sehr hoch. Und es ist traurige Realität, dass zahlreiche
280 treue Mitglieder (141) von uns gegangen sind. An sie denken wir auch weiterhin.

281

282 **Der Mitgliederentwicklung in unserer Partei müssen wir mehr Aufmerksamkeit**
283 **schenken.** Aktiv und offensiv um neue Mitglieder zu werben, die sich den politischen Zielen
284 und Werten der Partei verbunden fühlen, verankert die Partei wieder stärker in der
285 Gesellschaft. Vielerorts gibt es Neumitgliedertreffen, um das Ankommen in der Partei zu

Änderungsantrag Nr.: 2 zum Leitantrag:

Antragsteller: Alexander Sorge

1. Der Satz „Vielerorts...“ im Leitantrag Zeile 285 wird ersetzen durch:

Uns ist bewusst, dass überzeugende politische Angebote, kluge Konzepte, Glaubwürdigkeit, eine gelebte innerparteiliche Demokratie und eine Kultur des aktiven Förderns, Einbeziehens und der Wertschätzung die besten Argumente für einen Eintritt in unsere Partei sind.

Neumitgliedertreffen sind dabei ein Baustein, um das Ankommen in der Partei zu erleichtern. Aber auch dem Bleiben in unserer Partei müssen wir wieder mehr Beachtung schenken.

Begründung:

Diese Erweiterung nimmt dem Absatz die Eindimensionalität. Verweist auf die Komplexität des Themas und skizziert konkrete Aufgaben, die sich im Kontext der Stabilisierung und Steigerung der Mitgliederzahl ergeben.

2. Der Satz „Genauso ist das ... Daueraufgabe.“ Im Leitantrag 288: Wird ersetzt durch:
Das aktive Einbeziehen der Parteibasis in die politische Arbeit ist eine Daueraufgabe.

Begründung: Damit wird der Absatz sprachlich und logisch an den zuvor geänderten Absatz anschlussfähig.

Der Landesvorstand übernimmt.

286 erleichtern.

287

288 Genauso ist das aktive Einbeziehen der Parteibasis in die politische Arbeit eine Daueraufgabe.

289 Die Pflege unserer Mitgliedschaft findet natürlich in der gemeinsamen politischen Arbeit statt.

290 **Dort, wo gemeinsam gearbeitet wird, entstehen Beziehungen zueinander und**

291 **bestenfalls entsteht Vertrauen.** Dieses Geflecht ist wichtig, um Partei auch erlebbar zu

Änderungsantrag Nr.: 14 zum Leitantrag

Antragsteller:innen: Nicole Anger, Achim Bittrich, Alexander Sorge

Zeile 291:

„bestenfalls“ streichen

Der Landesvorstand übernimmt.

292 machen. Die Linke ist eine Partei, die auch dann und besonders für ihre Mitglieder da ist,

293 wenn es ihnen nicht so gut geht, wenn ältere Mitglieder Unterstützung brauchen oder Rat

294 gesucht wird. Wir sind selbstverständlich die Kümmererpartei für die Menschen in unseren

295 Gemeinden und Städten, wir sind sie aber auch für unsere Genoss:innen. Vielerorts

296 organisiert Die Linke Sommerfeste, Feste zum 1. Mai, aber auch Gedenkveranstaltungen zum

297 Tag der Befreiung und, und, und. Diese Veranstaltungen organisieren wir für die Menschen

298 vor Ort, um mit ihnen in Beziehung zu treten.

Änderungsantrag Nr.: 15 zum Leitantrag

Antragsteller:innen: Nicole Anger, Achim Bittrich, Alexander Sorge

Zeile 297-298: Satz ab „Die Veranstaltungen ...“ streichen

Begründung:

Erstens sind wir oft auch Mitorganisator, zweitens ist zu hinterfragen, in welche „Beziehung zu den Menschen wir treten“ wollen.

Der Landesvorstand übernimmt in folgender Form (Teilübernahme):

Diese Veranstaltungen organisieren wir für die Menschen vor Ort, um mit ihnen in Kontakt zu treten.

299

300 Unsere Partei lebt ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen, Mandatsträgerbeiträgen und

301 Spenden. Mit ihren Mandatsträgerbeiträgen sind die Abgeordneten eine verlässliche Quelle

302 zur Finanzierung der politischen Arbeit des Landesverbandes. Die Abgeordneten entrichten

303 ausnahmslos die Beiträge in voller Höhe. Auch dafür gebührt ihnen Dank. Zudem entrichten

Änderungsantrag Nr.: 16 zum Leitantrag

Antragsteller:innen: Nicole Anger, Achim Bittrich, Alexander Sorge

Zeile 303: Dankessatz streichen

Begründung:

Aus unserer Sicht gehört Dank für die Einhaltung von Regularien nicht in den Leitantrag.

Dieser Antrag wurde zurückgezogen.

304 die Abgeordneten Spenden an den Solidarfonds der Fraktion. Darin liegt ein wertvoller
305 Beitrag, um die Solidarität der Linken spürbar zu machen. So haben die teilnehmenden
306 Abgeordneten 24.000 Euro gesammelt und dafür gespendet, dass tausenden Kindern ein
307 schönes Ferienerlebnis ermöglicht wurde. Die Linke hilft, wo sie kann.

Änderungsantrag Nr.: 17 zum Leitantrag

Antragsteller:innen: Nicole Anger, Achim Bittrich, Alexander Sorge

Zeile 307: Satz streichen

Dieser Antrag wurde zurückgezogen.

308
309 Bei den Mitgliedsbeiträgen haben wir durchaus Reserven, sie werden selten an die
310 Entwicklung des Einkommens angepasst und es gibt nach wie vor eine nicht unerhebliche
311 Zahl beitrags säumiger Mitglieder. Das Ansprechen auf einen satzungsgemäßen Beitrag gehört
312 zu den ständigen Aufgaben im Land und in den Kreisen. Spendenaufrufe besonders zu
313 Wahlkampfzeiten finden durchaus Resonanz vor allem bei Mitgliedern, aber auch bei
314 Sympathisant:innen. Für diese sei allen Genoss:innen und Sympathisant:innen ausdrücklich
315 gedankt.

Änderungsantrag Nr.: 18 zum Leitantrag

Antragsteller:innen: Nicole Anger, Achim Bittrich, Alexander Sorge

Zeile 314-315: Dank streichen

Begründung:

s. ÄA 13.

Dieser Antrag wurde zurückgezogen.

316
317 Besonders in den ländlichen Regionen wird es jedoch immer schwieriger, diese Arbeit der
318 Partei zu organisieren. Es gibt Kreisverbände, in denen auf Grund sinkender Mitgliederzahlen
319 nicht alle Vorstände besetzt werden konnten. Die Mitgliedschaft ist räumlich verteilt und der
320 Austausch dadurch schwierig. Zwar helfen digitale Formate bei der Vorstandsarbeit. Bei der
321 Umsetzung von Kampagnen und auch in Wahlkämpfen spüren wir schon sehr deutlich, dass
322 nicht mehr alles leistbar ist. Wir haben als Landesverband schon einmal einen Prozess der
323 Regionalisierung erfolgreich gestaltet, jetzt soll zumindest die Möglichkeit ausgebaut werden,
324 sich freiwillig in Regionalverbänden zu organisieren. Grundsätzlich wollen wir die notwendige
325 Unterstützung des Ehrenamts in der Fläche absichern.

326
327 Dass die AG Struktur ihre Arbeit nicht beendet hat, hat viele Gründe. **Der neu gewählte**
328 **Vorstand wird mit seiner Konstituierung eine neue AG Struktur berufen, die dem**
329 **nächsten Parteitag zügig (bis zum Ende des II. Quartals 2025) einen breit getragenen**
330 **Strukturvorschlag unterbreitet.** Dabei werden die Kreis- und Stadtverbände ebenso
331 einbezogen wie der Jugendverband. Die Federführung für diesen Prozess, wird die neue
332 Geschäftsführung in Zusammenarbeit mit den Vorsitzenden übernehmen. Die Entwicklung der
333 Ressourcen wird ebenso Berücksichtigung finden, wie die Bedarfe vor Ort. Aufgabe der AG
334 Struktur soll es sein, Vorschläge zur Anpassung der Strukturen, besseren regionalen
335 Zusammenarbeit, der Weitergabe von Wissen generations- und regionsübergreifend zu

336 erarbeiten. Dabei müssen die schwindenden personellen und finanziellen Ressourcen ebenso
337 berücksichtigt werden wie die Bedarfe vor Ort.

338
339 Die Partei geht durch eine schwere Krise. Die Erwartungen an die Mitarbeiter:innen sind

Änderungsantrag Nr.: 19 zum Leitantrag

Antragsteller:innen: Nicole Anger, Achim Bittrich, Alexander Sorge

Zeile 338: Satz ab „ Die Partei ... Krise.“ Streichen

Begründung:

Redundante Wiederholung, außerdem stecken wir drin und gehen nicht durch.

Zeile 338: nächsten Sätze ändern in

Gerade jetzt sind die Erwartungen an unsere Mitarbeiter*innen besonders hoch. Sie sind sich ihrer Verantwortung sehr bewusst und werden sich mit aller Kraft für unsere Partei stark machen, insbesondere bei der Unterstützung des Ehrenamtes. Die Zusammenarbeit

...

340 entsprechend hoch. Dort, wo die Mitarbeiter:innen vor Ort die Strukturen unterstützen,
341 werden sie alles Machbare tun. Alle sind sich ihrer Verantwortung bewusst. Die Zusammen-
342 arbeit vor Ort muss aber auch auf gegenseitigem Respekt und Vertrauen beruhen. Dazu
343 gehören gute Kommunikation auf Augenhöhe und das gegenseitige Verständnis, wenn etwas
344 nicht leistbar ist.

345

346 **Wie organisieren wir die inhaltliche Arbeit der Partei?**

347

348 Die inhaltliche Arbeit der Partei wurde bislang in den Landesarbeitsgemeinschaften

Änderungsantrag Nr.: 20 zum Leitantrag

Antragsteller:innen: Nicole Anger, Achim Bittrich, Alexander Sorge

Zeile 348: „auch“ nach bislang einfügen („... wurde bislang auch von den Landesarbeitsgemeinschaften...“)

Begründung:

Das wird die Arbeit der LAG's eher gerecht. Neben aktiven haben wir eine höhere Zahl inaktiver, auch die Abdeckung der Politikfelder ist da ein Problem.

Der Landesvorstand übernimmt.

349 organisiert. Wir müssen feststellen, dass von den zahlreichen Landesarbeitsgemeinschaften
350 nur noch wenige aktiv sind. Die Landesarbeitsgemeinschaften dienen dazu, inhaltliche
351 Impulse in die Partei zu tragen und umgekehrt Themen ins parlamentarische Feld zu tragen.
352 Wir brauchen wieder tragfähige Strukturen, um diesen inhaltlichen Prozess zu organisieren.
353 Hierzu wird der Vorstand schnellstmöglich mit den Stadt- und Kreisvorsitzenden sowie
354 Interessierten beraten.

355

356 Um die politische Bildung zu organisieren, aber auch inhaltliche Klärungsprozesse
357 herbeizuführen, wird die Partei auf noch stärkere Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-
358 Stiftung und dem Kommunalpolitische Forum setzen. Ihre geschätzten Kompetenzen werden
359 gebraucht.

Änderungsantrag Nr.: 21 zum Leitantrag

Antragsteller:innen: Nicole Anger, Achim Bittrich, Alexander Sorge

Zeile 356-359: ersetzen durch

Die politische Bildung im Landesverband müssen wir neu organisieren. Die Bildungsangebote der RLS und des kommunalpolitischen Forums müssen wir wieder stärker nutzen.

Begründung:

Inhaltliche Klärungsprozesse müssen in der Partei stattfinden. Die politische Bildung ist Voraussetzung dafür.

Der Landesvorstand übernimmt in folgender Form (Teilübernahme):

Die politische Bildung im Landesverband müssen wir neu organisieren. Die Bildungsangebote der RLS und des kommunalpolitischen Forums müssen wir wieder stärker nutzen. Ihre Kompetenzen werden gebraucht.

360

361

Um die Öffentlichkeitsarbeit zu verbessern, wird der Landesvorstand eine Gruppe von Genoss:innen einberufen, die erfolgreich die Öffentlichkeitsarbeit vor Ort organisieren. Ziel ist es, sich über erfolgreiche Methoden und Formate auszutauschen und diese flächendeckend anzuwenden. Das umfasst die klassischen Medien genauso wie die modernen digitalen Kommunikationswege. Hierbei soll insbesondere die jüngere Generation mit einbezogen werden. Wir wollen verstärkt Workshops und Bildungsmöglichkeiten anbieten.

367

368

Den Generationenwechsel ermöglichen

369

370

Vielerorts tragen langgediente Genoss:innen Verantwortung. Ihnen ist es zu verdanken, dass

Änderungsantrag Nr.: 31 zum Leitantrag

Antragsteller: Lukas Wanke (Delegierter SV Halle)

Zeile 370-373:

„Vielerorts tragen langgediente Genoss:innen Verantwortung. Ihnen ist es zu verdanken, dass die Partei vor Ort aktiv war und ist. Diese Arbeit verdient Würdigung und Respekt. Zu respektieren ist aber auch, dass ältere Genoss:innen diese Verantwortung gerne an jüngere Generationen übertragen möchten.“

Ändern in:

„Unsere Partei hat sich gewandelt: Immer mehr Mitglieder sind in den letzten Jahren eingetreten. Auf diese Neueintritte sind wir angewiesen und begrüßen sie ausdrücklich. Wir freuen uns, wenn jüngere Genoss:innen vor Ort Verantwortung übernehmen und wollen noch mehr Möglichkeiten dafür eröffnen. Langgediente Mitglieder, die die Arbeit der Partei auf beeindruckende Weise über Jahre getragen haben, und neue Mitglieder können stark voneinander profitieren und gemeinsam die Partei stärken.“

Begründung:

Die ursprüngliche Version des Antragstextes hat leider einen etwas hierarchischen Touch, zumindest liest es sich so. Würdigung und Respekt gibt in dieser Interpretation nur für „langen Dienst“ und die Jüngeren sollen „respektieren“, wenn sie Arbeit abnehmen dürfen. Die Interessen der Neumitglieder kommen dabei schlicht nicht vor. Das suggeriert, dass es ein Privileg wäre, Platz in der Partei einzunehmen. Das sollten wir vermeiden. Die neue Formulierung enthält jetzt Respekt vor beiden Gruppen und soll eine gewisse Form von Gleichheit herstellen. Die Absicht, den Langgedienten für ihre Arbeit zu danken, ist natürlich völlig legitim und richtig.

Der Landesvorstand übernimmt.

371 die Partei vor Ort aktiv war und ist. Diese Arbeit verdient Würdigung und Respekt. Zu
372 respektieren ist aber auch, dass ältere Genoss:innen diese Verantwortung gerne an jüngere
373 Generationen übertragen möchten. Dieser Prozess muss organisiert werden. Die Arbeit der
374 Linksjugend muss verbindlicher in der Arbeit der Partei eingebunden werden. Auch hier sind
375 gegenseitiger Respekt und Vertrauen unerlässlich. Dort, wo der Generationenwechsel
376 gelingen soll, braucht es das Vertrauen in die neuen Verantwortungsträger:innen, eine **Kultur**
377 **des Ausprobierens und Ermöglichens** und das Zugeständnis, dass ausgetretene Pfade
378 auch einmal verlassen werden können, um Neues zu erschließen. Für gewählte Stadt- und
379 Kreisvorstände wollen wir stärker auf Bildungsangebote der Bundespartei zurückgreifen und
380 sie in Sachsen-Anhalt anbieten, um die Kreisvorstandsarbeit zu erleichtern.

381
382

383 **3 - Die Linke. Neue Stärke gewinnen**

384

385 Die Linke ist dort stark, wo sie in der Breite der Gesellschaft und in der Kommunalpolitik
386 verankert ist. Wir müssen auf die drängenden Fragen unserer Zeit Antworten formulieren und
387 wieder in die Breite tragen. Wir müssen klar sagen, wofür Die Linke in einem immer breiter
388 werdenden Parteienspektrum steht. Wir haben dafür nicht viel Zeit, aber es wird sich lohnen.

Änderungsantrag Nr.: 22 zum Leitantrag

Antragsteller:innen: Nicole Anger, Achim Bittrich, Alexander Sorge

Zeile 388: Satz ab „Wir haben nicht ...“ streichen

Begründung:

Wir wissen nicht, ob es sich lohnen wird, und Zeit haben wir gar keine mehr. Wir haben schon zu viel Zeit vertan.

Dieser Antrag wurde zurückgezogen.

389

390 Viele unserer Genoss:innen, gerade die Älteren, wissen aus den Nachwendejahren noch ganz
391 genau, wie die PDS – trotz all dem Gegenwind – erfolgreich Wahlkämpfe geführt hat. Dazu
392 gehört die Erkenntnis: **Politik muss erlebbar sein. Dazu gehört die Stärkung der**
393 **vorpolitischen Arbeit.** Das heißt, über vermeintlich unpolitische Veranstaltungen wie
394 Kinderfeste, Flohmärkte, Friedensmärsche oder Lesungen holen wir die Menschen aus der
395 wachsenden Einsamkeit in die Gemeinschaft und schaffen gemeinsame Erlebnisse. Diese
396 Begegnungen können so die politische Meinungsbildung unterstützen.

397

Änderungsantrag Nr.: 32 zum Leitantrag

Antragsteller: Lukas Wanke (Delegierter SV Halle)

Zeile 398-417:

„Wir müssen uns an Themen der Mehrheit orientieren. Die Linke bespielt auf kommunaler Ebene, genauso wie auf Landes- und Bundesebene, eine Vielzahl von Themen, die sich gegenseitig überlagern. Ein Sowohl-als-auch gibt es in einer Zeit der Desorientierung nicht. Wir werden vor allen Dingen dann wirkmächtig, wenn wir nicht die Widersprüche verschiedener Gruppen betonen, sondern eine gemeinsame Basis schaffen. Paradebeispiel dafür ist die Etablierung des Mindestlohns, der von den Mitgliedern der PDS zuallererst ins Parlament getragen wurde. Gute linke Ideen sind damit gesellschaftlich etabliert und dauerhaft beständig. Gute soziale Politik für alle ist oft die beste Politik für alle Benachteiligten – und kann auf Unterstützung der Mehrheit hoffen. Für spaltende Kulturkämpfe, Identitäts- und Symbolpolitik – wie sie die CDU forciert – sind wir nicht zu

haben. Eine wirkmächtige linke Partei ist keine Partei „nur“ für Linke, sondern für alle Lohnabhängigen, für Rentner:innen, für Arbeitslose und Familien. Sie ist für diejenigen da, die sonst keine Stimme im Parlament mehr haben. Wir müssen diejenigen wieder ansprechen, die mit den herrschenden Verhältnissen und deren Parteien unzufrieden sind, diejenigen, die den Klassenkampf von oben täglich zu spüren bekommen und genau wissen, dass die Reichen in den letzten Jahren immer reicher geworden sind. Das sind ganz normale Familien, Rentner:innen oder Abgehängte, Ausgegrenzte, Frustrierte und Resignierte. Wir gehen gezielt zu den Leuten, die schon lange vergessen wurden, in die Viertel, wo Menschen entweder gar nicht oder rechts wählen.“

Ändern in:

„Wir müssen uns an den sozialen Interessen der Mehrheit orientieren. Der Kampf für den Mindestlohn, der von der PDS damals zuerst in ein Parlament getragen wurde, unser langjähriges Engagement für Rentengerechtigkeit und der Einsatz für niedrige Mieten und eine starke Daseinsvorsorge – das sind die Themen, die eine gemeinsame Basis für sozialistische Politik schaffen und die von Konservativen und Rechten angefeuerten spaltenden Kulturkämpfe durch eine solidarische Perspektive überwindbar machen. Deshalb dürfen Widersprüche zwischen Amts- und Mandatsträger*innen nicht mehr das Bild bestimmen. Auch wird es in dieser Zeit der Desorientierung nicht funktionieren, wenn andere Themen immer wieder unsere zentralen Anliegen überlagern. Wir sind keine Volkspartei, die alle Interessen bedient, sondern eine Partei derjenigen, die in Zeiten des Neoliberalismus Umverteilung, einen starken Sozialstaat, gute Löhne und Gerechtigkeit brauchen! Gute soziale Politik für alle ist oft die beste Politik für alle Benachteiligten – und kann unterschiedlichste Menschen vereinen und eine Basis dafür sein, erfolgreich Verbesserungen zu erkämpfen. Eine wirkmächtige linke Partei ist deshalb keine Partei „nur“ für Linke, sondern für alle Lohnabhängigen, für Rentner:innen, für Arbeitslose und Familien. Sie ist für diejenigen da, die sonst keine Stimme im Parlament mehr haben. Wir müssen diejenigen wieder ansprechen, die mit den herrschenden Verhältnissen und deren Parteien unzufrieden sind, diejenigen, die den Klassenkampf von oben täglich zu spüren bekommen und genau wissen, dass die Reichen in den letzten Jahren immer reicher geworden sind. Das sind Familien, Rentner:innen oder Abgehängte, Ausgegrenzte, Frustrierte und Resignierte. Wir gehen gezielt zu den Leuten, die schon lange vergessen wurden, in die Viertel, wo die Nicht-Wähler:innen die stärkste Partei wären.“

Begründung:

Probleme mit der Kommunikation gibt es in zwei Bereichen: Einerseits ist es für unsere Strategie problematisch, wenn aktivistisch jedes Thema gleich stark bearbeitet wird. Das führt, so schildert es der Leitantrag richtig, zu Verwirrungen und zu übermäßig vielen Auseinandersetzungen. Aber das spiegelbildliche Problem besteht gerade in der Vorstellung einer „Volkspartei“, die auf alle politischen Fragen eine Antwort zu haben hätte, weil sie das „gesamte Volk“ vertreten würde. Aber man muss klar sagen: Für unsere Strategie ist die lokale Wirtschaftsförderung im Vergleich zur Frage, ob Kita-Gebühren oder Bürgergeld-Sätze erhöht werden, ziemlich irrelevant. Denn alle anderen Parteien haben sich die Wirtschaftsförderung auch auf die Fahne geschrieben. Uns ist es in der Vergangenheit nicht gelungen, bei der Suche nach den besten Optionen für „unser Land“ die Klassenposition deutlich zu machen, was konkret bedeutet, nicht einen Staat als Ganzes regieren zu wollen, sondern Politik nur für diejenigen zu machen, deren Interessen wir tatsächlich vertreten wollen. Deshalb ist es auch nicht sinnvoll, grundsätzlich auf „die Mehrheit“ abzielen, sondern auf ihre sozialen Interessen. Die sind objektiv bestimmbar, aber subjektiv sind sie mit dem Gesamtkonstrukt zu identifizieren – und damit das, was eh jede Partei für sich beansprucht.

Der Landesvorstand strebt eine Teilübernahme in Abstimmung mit Lukas Wanke an.

398 **Wir müssen uns an Themen der Mehrheit orientieren.** Die Linke bespielt auf kommunaler
399 Ebene, genauso wie auf Landes- und Bundesebene, eine Vielzahl von Themen, die sich
400 gegenseitig überlagern. Ein Sowohl-als-auch gibt es in einer Zeit der Desorientierung nicht.
401 Wir werden vor allen Dingen dann wirkmächtig, wenn wir nicht die Widersprüche
402 verschiedener Gruppen betonen, sondern eine gemeinsame Basis schaffen. Paradebeispiel
403 dafür ist die Etablierung des Mindestlohns, der von den Mitgliedern der PDS zuallererst ins
404 Parlament getragen wurde. Gute linke Ideen sind damit gesellschaftlich etabliert und
405 dauerhaft beständig. Gute soziale Politik für alle ist oft die beste Politik für alle
406 Benachteiligten – und kann auf Unterstützung der Mehrheit hoffen.

407
408 Für spaltende Kulturkämpfe, Identitäts- und Symbolpolitik – wie sie die CDU forciert – sind
409 wir nicht zu haben. **Eine wirkmächtige linke Partei ist keine Partei „nur“ für Linke,**

Änderungsantrag Nr.: 23 zum Leitantrag

Antragsteller:innen: Nicole Anger, Achim Bittrich, Alexander Sorge

Zeile 409: Satz ab „Eine wirkmächtige“ streichen

Begründung:

Die Bundesebene führt eine Kampagne „Eine LINKE für alle“, was ebenfalls problematisch ist. Die einschränkende Aufzählung widerspricht deutlich der Zusammensetzung der Partei und nährt die Auffassung von Avantgardismus. Wenn gemeint ist, dass wir uns für die Interessen der aufgezählten Gruppen/Milieus/Klassen einsetzen, müssen wir das auch so schreiben.

410 **sondern für alle Lohnabhängigen, für Rentner:innen, für Arbeitslose und Familien.** Sie
411 ist für diejenigen da, die sonst keine Stimme im Parlament mehr haben. Wir müssen
412 diejenigen wieder ansprechen, die mit den herrschenden Verhältnissen und deren Parteien
413 unzufrieden sind, diejenigen, die den Klassenkampf von oben täglich zu spüren bekommen
414 und genau wissen, dass die Reichen in den letzten Jahren immer reicher geworden sind. Das
415 sind ganz normale Familien, Rentner:innen oder Abgehängte, Ausgegrenzte, Frustrierte und
416 Resignierte. Wir gehen gezielt zu den Leuten, die schon lange vergessen wurden, in die
417 Viertel, wo Menschen entweder gar nicht oder rechts wählen.

418
419 **Es hilft uns, wenn sich die anderen Parteien in Bezug auf uns definieren und uns und**
420 **unseren Themen damit mehr Reichweite geben, als wir aus eigener Kraft erzielen**
421 **könnten.** Deshalb müssen wir zentrale Kernthemen auf Kommunal- sowie Landesebene
422 ausmachen. Das sind in Sachsen-Anhalt vor allem gleichwertige Lebensverhältnisse,
423 insbesondere bei Bildung, Gesundheit und Armutsbekämpfung. Wenn die Landesregierung so
424 weitermacht wie in den letzten Jahrzehnten, dann wird sich der Lehrermangel in den nächsten
425 Jahren weiter verschärfen. Auch werden weitere Stationen in den Krankenhäusern oder ganze
426 Kliniken schließen. Die Armut unter Kindern und Jugendlichen, Azubis und Studierenden,
427 Alleinerziehenden und Rentner:innen wird weiter anwachsen. Die einzige Partei, die dem
428 etwas entgegensetzt, ist Die Linke. Wir müssen bei diesen Themen beharrlich bleiben, gerade
429 weil der Frust über den Niedergang des Bildungs- und Gesundheitssystems im Land groß ist.
430 Sicherheit bedeutet auch bezahlbare Mieten, gute Pflege im Alter oder bei Krankheit,
431 bezahlbar von A nach B zu kommen, gute Bildung und Ausbildung, die später einen guten
432 Lebensunterhalt sichern.

433
434 **Forderungen im Landtag zu stellen, ist das eine. Genauso wichtig ist es, die**
435 **Forderungen auf die Straße zu tragen und in der Gesellschaft um Mehrheiten für**

436 **unsere Forderungen zu ringen.** Auch hier sind wir in Sachsen-Anhalt erfahren genug. Das
437 Bündnis „Den Mangel beenden“ hat tausende Unterschriften gesammelt. Im Salzlandkreis
438 wurde unter dem Motto „No Teacher No Future“ eine Kampagne entwickelt, die eine breite
439 Basis trägt. Das sind alles Anknüpfungspunkte für unsere Politik, die zeigen: Die Linke kann
440 Lösungen vorschlagen, die Anklang bei der Breite der Gesellschaft finden.

441
442 **Zu einem authentischen Auftreten als Partei gehören auch authentische Personen, die**
443 **dauerhaft beständig die zentralen Themen kommunizieren. Sie sind unsere**
444 **Visitenkarten. Unser Anspruch ist es mit unseren Mandats- und Funktionsträger:innen**
445 **immer** ansprechbar, nahbar und auf Achse für Die Linke zu sein. Wir wollen Menschen zum
446 Mitmachen einladen. Wir sind permanent ansprechbar und sichtbar. Wenn wir Vertrauen
447 aufbauen wollen, dann müssen wir auch vertrauenswürdig auftreten.

Änderungsantrag Nr.: 33 zum Leitantrag

Antragsteller: Lukas Wanke (Delegierter SV Halle)

Zeile 449 – 453:

„Unsere Mitglieder des Bundestages und des Landtages haben die Möglichkeit, mit ihrer medialen Präsenz dabei einen wesentlichen Anteil zu leisten. Unsere Funktionsträger:innen sind jene, die häufig als Erste nach ihrer politischen Einschätzung gefragt werden. Sie müssen Antworten geben, wo wir als Partei manchmal noch gar keine Antwort haben. Dafür brauchen sie die Freiheit, ihre Ressourcen wirksam einsetzen zu können.“

Ändern in:

„Unsere Mitglieder des Bundestages und des Landtages tragen eine große Verantwortung, um die Inhalte der Partei zu verbreiten und umzusetzen. Sie werden nach politischen Einschätzungen und unseren konkreten Forderungen im Alltag gefragt. Deshalb ist es umso wichtiger, dass hier eine enge Zusammenarbeit mit der Partei stattfindet und aktuelle Debatten und Beschlusslagen sich in pointierter Weise in der parlamentarischen Arbeit wiederfinden.“

Begründung:

Von den anderen Parteien unterscheidet uns die (auch von der KPÖ geübte) Kritik an der Berufspolitik und der damit einhergehenden Hierarchisierung. Relativ genau wissen wir aufgrund der Tradition der Arbeiterbewegung, dass die Parlamentarisierung zwar einerseits die indirekte Partizipation breiter Bevölkerungsteile ermöglichte und deshalb z.B. bei Marx/Engels als erster zu erkämpfender Schritt gesehen wurde, aber eben immer wieder dazu geführt hat, dass der Kontakt zwischen Bewegung/Klasse/Fraktionen/Regierungen verloren gegangen ist. Das liegt in dem strukturellen Form des Parlamentarismus begründet, die Abgeordnete immer zu Vertreter*innen des „gesamten Volkes“ macht, welches dann durch den bürgerlich-kapitalistischen Nationalstaat vermittelt wird. Deshalb müssen wir hier Wege gehen, die strukturell anders sind und sollten das z.B. mit dem Leitantrag auch in unser Selbstverständnis aufnehmen. Dem widerspricht die besondere Betonung der Unabhängigkeit der Abgeordneten, die rechtlich aus guten Gründen sowieso gegeben ist, aber hier noch ein politisch affirmiert wird. Diese Betonung wendet das Dilemma, mit dem Arbeiterbewegung seit über 100 Jahren zu kämpfen hat, einseitig ins Positive. Das wollen wir nicht und haben deshalb einen Vorschlag gemacht, der die Zusammenarbeit zwischen Fraktion/Abgeordneten und Partei betont, was ja sowieso im Sinne aller ist.

Der Landesvorstand übernimmt.

Änderungsantrag Nr.: 1 zum Leitantrag:

Antragsteller: Alexander Sorge

1. Der Absatz endend in Zeile 447 wird um folgenden Satz ergänzt.
Dazu gehört auch eine vertrauensvolle Zusammenarbeit und verlässliche Absprachen zu Aufgaben und Zuständigkeiten zwischen Fraktionen und Landesverband.

2. Der nachfolgende Absatz ab Zeile 449 bis 453 wird ersatzlos gestrichen.

Begründung:

Zwischen Fraktionen und deren Mandatsträger:innen und dem Landesverband (zwischen den Parteitag, vertreten durch den Landesvorstand und den oder die Landesvorsitzenden) müssen verlässliche Absprachen gelten, über die Zuständigkeiten mit Blick auf die in der Öffentlichkeit – insbesondere gegenüber Journalist:innen – getroffenen Aussagen und Einschätzungen. Während sich Fraktionen und Mandatsträger:innen vorrangig zu fachpolitischen Themen im eigenen Wirkungskreis äußern, ist der Landesverband für parteipolitische Themen zuständig. Einzelne Mandatsträger:innen können nicht für den Landesverband sprechen, unabhängig davon, welches Mandat oder welche Funktion sie innerhalb einer Fraktion ausüben. Nicht Beinfreiheit, sondern verlässliche Absprachen sind dazu notwendig. Allein in den vergangenen Wochen gab es dazu mehrere, so man meiner Argumentation folgen will, »unglückliche« Presseartike

Dieser Antrag wurde zurückgezogen.

Änderungsantrag Nr.: 24 zum Leitantrag

Antragsteller:innen: Nicole Anger, Achim Bittrich, Alexander Sorge

Zeile 447: Anfügen

Verlässliche Absprachen zu Aufgaben und Zuständigkeiten zwischen Fraktionen und Landesverband sind für uns ein Garant für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Begründung:

Wir brauchen ein verlässliches Miteinander.

Antrag hat sich mit der Übernahme des ÄA Nr. 33 durch den Landesvorstand erledigt.

448

449 Unsere Mitglieder des Bundestages und des Landtages haben die Möglichkeit, mit ihrer
450 medialen Präsenz dabei einen wesentlichen Anteil zu leisten. Unsere Funktionsträger:innen
451 sind jene, die häufig als Erste nach ihrer politischen Einschätzung gefragt werden. Sie müssen
452 Antworten geben, wo wir als Partei manchmal noch gar keine Antwort haben. Dafür brauchen
453 sie die Freiheit, ihre Ressourcen wirksam einsetzen zu können.

Änderungsantrag Nr.: 25 zum Leitantrag

Antragsteller:innen: Nicole Anger, Achim Bittrich, Alexander Sorge

Zeilen 449-453 streichen.

Begründung:

Das Dilemma liegt auf der Hand, aber genau das war eine Ursache für ein wenig vertrauensvolles Verhältnis zwischen Partei und Fraktion auf Bundesebene. Es ist niemandem verwehrt, seine Sicht auf Dinge zu sagen, aber dieser Passus liest sich anders und birgt die reale Gefahr, dass aus Fraktionen Dinge für die Partei präjudiziert werden. Das hatten wir schon und waren damit nicht erfolgreich.

Antrag hat sich mit der Übernahme des ÄA Nr. 33 durch den Landesvorstand erledigt

454

455 **Linke Politik braucht Öffentlichkeit** – auch wenn sie noch nicht die perfekte Lösung
456 beinhaltet. Wenn wir gemeinsam eine Kommunikationsstruktur und -kultur leben, die die
457 Stärke in der Verschiedenheit und nicht in der Meinungshoheit sieht, werden wir für
458 verschiedene Menschen attraktiv und können sie für uns gewinnen. Die schrumpfende
459 Medienlandschaft in Sachsen-Anhalt sowie das rapide Anwachsen neuer Social-Media-
460 Plattformen zwingen uns förmlich dazu, unsere Kommunikation nicht nur vom Parlament auf
461 die Straße zu verlagern, sondern auch in den sozialen Medien und auf eigenen Kanälen
462 präsent zu sein. Wir müssen jetzt mit allen Mitteln für maximale Aufmerksamkeit sorgen.
463 Dazu gehört auch: Rein in die gesellschaftlich brisanten Debatten – auch wenn es weh tut.
464 Wir müssen den Mut haben, mit Aussagen (bei der politischen Konkurrenz) auch einmal
465 anzuecken. Im politischen Streit manifestieren sich Kernbotschaften und Profile von Parteien.
466

467 **Als Partei Die Linke wollen wir Solidarität und Wertschätzung nicht nur propagieren,**
468 **sondern leben.** Der Kampf für soziale Gerechtigkeit ist die Grundlage der Parteiarbeit. Die
469 Parteiämter müssen ausgewogen besetzt sein und politische Konflikte moderieren. Die Partei
470 muss mit möglichst kreativen Aktionen die Herzen der Menschen erobern und mit ihnen auf
471 Augenhöhe kommunizieren. Wir müssen den Menschen wieder deutlich machen, dass wir
472 glaubwürdig ihre Interessen vertreten. Als Weg dorthin hat die Bundesarbeitsgemeinschaft
473 „Die Linke hilft“, nach dem Vorbild der KPÖ, Leitfäden entwickelt, die uns helfen können,
474 wieder stärker in Erscheinung zu treten: Durch direkte Hilfsangebote und Sozialberatung in
475 den bestehenden Büros der Linken im Land. Auch in Sachsen-Anhalt haben wir bereits eine
476 breite Praxis von Hilfsangeboten und Küchen für alle, die wir ausbauen können.
477

478 **Die Linke ist krisenerprobt und wird auch diese Krise überwinden,** wenn wir uns auf
479 unsere linken Ideale und den Markenkern unserer politischen Agenda zurückbesinnen.
480 Es liegt an uns, zu alter Stärke zu kommen. Die Linke, das sind wir.

Änderungsantrag Nr.: 34 zum Leitantrag

Antragsteller: Lukas Wanke (Delegierter SV Halle)

Zeile 478-480:

„Die Linke ist krisenerprobt und wird auch diese Krise überwinden, wenn wir uns auf unsere linken Ideale und den Markenkern unserer politischen Agenda zurückbesinnen. Es liegt an uns, zu alter Stärke zu kommen. Die Linke, das sind wir.“

Ändern in:

„Die Linke ist krisenerprobt und wird auch diese Krise überwinden. Unsere Idee des demokratischen Sozialismus ist lebendig, weil es weiterhin Antworten auf das kapitalistische Elend braucht. Wir müssen uns auf das Besinnen, was uns früher stark gemacht hat. Und diese Stärken in den aktuellen Kämpfen nutzen. Ob das gelingt, liegt an uns. Die Linke, das sind wir.“

Begründung:

Das ist an sich eine Debatte, die größer ist und nicht mit einem Änderungsantrag zum vorletzten Satz in einem Leitantrag geregelt werden kann. Aber trotzdem gibt es hier eine Stoßrichtung, die sich argumentativ aus dem Text nicht herleiten lässt. Es wird gesagt, dass Die Linke ihre Praxis verändert habe und deshalb heute erfolglos sei. Das widerspricht u.a. der Aussage, dass wir an der Umsetzung gescheitert sind. Darüber hinaus muss sich gerade der Landesverband Sachsen-Anhalt, der – wie der Antrag richtig sagt – genauso von der Krise betroffen ist wie andere Verbände, nicht „vorwerfen“ lassen, sein Erscheinungsbild stark geändert zu haben, denn es gibt hier eine enorme inhaltliche und personelle Kontinuität. Wahrscheinlicher ist es, dass wir uns nicht genug geändert haben,

um auf die Veränderung der Gesellschaft eingehen zu können und den durch die Wahl von LINKE/PDS eingehegten Protest in ein inhaltliches Fundament zu überführen.

Änderungsantrag Nr.: 26 zum Leitantrag

Antragsteller:innen: Nicole Anger, Achim Bittrich, Alexander Sorge

Zeile 480: streichen, danach einfügen:

Wir haben einen schweren Weg vor uns aber wir werden wieder sagen können:

Die Linke macht den Unterschied, in der Kommune im Land und im Bund!

Begründung:

Ein Zurück gibt es nicht.

Der Landesvorstand übernimmt teilweise in folgender Form

„Die Linke ist krisenerprobt und wird auch diese Krise überwinden. Unsere Idee des demokratischen Sozialismus ist lebendig, weil wir wissen, dass der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte ist. Wir kämpfen für eine gerechtere Gesellschaft, in den Kommunen, im Land und im Bund.“

481

482

Die Linke macht den Unterschied, in der Kommune, im Land und im Bund!

1 Antragsteller:innen:
2 Landesvorstand

13. Mai 2024

3

4 **Antrag Nr. 1.1. bis 1.2.**

5 **zur Änderung der Landessatzung**

6 Der Landesvorstand beantragt folgende Satzungsänderung:

7 **1.1.**

8 **§ 18 Wahl und Zusammensetzung des Landesvorstands**

- 9 (1) Der Landesvorstand (Gesamtvorstand) besteht aus insgesamt mindestens 16 und
10 maximal 20 vom Landesparteitag zu wählenden Mitgliedern.
- 11 (2) Der Landesvorstand wird in der Regel in jedem zweiten Jahr gewählt. Hat in einem
12 Kalenderjahr keine Wahl des Landesvorstands stattgefunden, muss diese spätestens
13 auf einem ordentlichen Landesparteitag im darauffolgenden Kalenderjahr stattfinden.
14 Im Übrigen finden eine Neuwahl des Landesvorstandes oder eventuelle Nachwahlen
15 auf Beschluss des Landesparteitages statt.
- 16 (3) Zwischen den Vorstandstagen kann die laufende Arbeit von einem
17 Geschäftsführenden Landesvorstand geleitet werden.
18 ~~Der Geschäftsführende Landesvorstand besteht aus~~
19 ~~a) Der/dem Landesvorsitzenden;~~
20 ~~b) Einer stellvertretenden Landesvorsitzenden, einem stellvertretenden~~
21 ~~Landesvorsitzenden oder mehreren stellvertretenden Landesvorsitzenden;~~
22 ~~e) Einer Landesschatzmeisterin oder einem Landesschatzmeister;~~
23 ~~d) Einer Landesgeschäftsführerin oder einem Landesgeschäftsführer;~~
24 ~~e) Sowie mindestens 4 weiteren Vorstandsmitgliedern.~~

25

26 **Der Geschäftsführende Landesvorstand besteht in der Regel aus der, dem oder**
27 **den Landesvorsitzenden, deren oder dessen Stellvertreter:innen, dem/der**
28 **Landesgeschäftsführer:in, dem/der Landesschatzmeister:in, höchstens aus sechs**
29 **Mitgliedern und mindestens zur Hälfte aus Frauen.**

30 ~~Der Geschäftsführende Landesvorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens 7~~
31 ~~Landesvorstandsmitglieder anwesend sind. Der Geschäftsführende Landesvorstand~~
32 ~~kann keine Beschlüsse im Namen des Landesvorstandes fassen. Er ist dem~~
33 ~~Landesvorstand rechenschaftspflichtig.~~

34 **Der Geschäftsführende Landesvorstand kann keine Beschlüsse im Namen des**
35 **Landesvorstandes fassen. Er ist dem Landesvorstand rechenschaftspflichtig.**

36

37

38

39

40 1.2.

41 **§ 19 Arbeitsweise des Landesvorstandes**

42 (1) Soweit diese Satzung, die Landesfinanzordnung und die Beschlüsse des
43 Landesparteitages nichts anderes bestimmt, regelt der Landesvorstand die
44 Aufgabenverteilung unter seinen Mitgliedern selbst und macht diese parteiöffentlich
45 bekannt.

46 (2) Der Landesvorstand gibt sich eine Geschäftsordnung.

47 Der Geschäftsführende Landesvorstand erledigt im Sinne der Beschlüsse des
48 Landesvorstandes die laufenden politischen und organisatorischen Aufgaben und bereitet die
49 Landesvorstandssitzungen vor. Er ist verpflichtet, den Landesvorstand über alle Beschlüsse
50 und Maßnahmen zu informieren. Das Nähere zur Arbeit des Geschäftsführenden
51 Landesvorstand regelt die Geschäftsordnung des Landesvorstandes.

52 **(3) Der Geschäftsführende Landesvorstand tritt regelmäßig zusammen und wird**
53 **durch die/den Landesvorsitzende/n einberufen.**

54 ~~Der Geschäftsführende Landesvorstand~~ Er erledigt im Sinne der Beschlüsse des
55 Landesvorstandes die laufenden politischen und organisatorischen Aufgaben und bereitet die
56 Landesvorstandssitzungen vor. Er ist verpflichtet, den Landesvorstand über alle Beschlüsse
57 und Maßnahmen zu informieren. Das Nähere zur Arbeit des Geschäftsführenden
58 Landesvorstand regelt die Geschäftsordnung des Landesvorstandes.

59

60 Begründung:

61 Die Satzung sieht als Kann-Regelung die Einsetzung eines geschäftsführenden
62 Landesvorstands vor, der zwischen den Landesvorstandssitzungen im Sinne der Beschlüsse
63 des Landesvorstandes die laufenden politischen und organisatorischen Aufgaben erledigt und
64 die Landesvorstandssitzungen vorbereitet. In den letzten Jahren wurde in der
65 Geschäftsordnung des Landesvorstands von der Einsetzung eines geschäftsführenden
66 Landesvorstands nicht Gebrauch gemacht, da unter anderem die Satzung bei der Besetzung
67 eine sehr hohe Anzahl an Mitgliedern vorgibt. Diese Regelung ist veraltet und würde dazu
68 führen, dass mehr als die Hälfte der Mitglieder des Landesvorstandes auch Mitglieder des
69 geschäftsführenden Landesvorstands wären. Für die zukünftigen Aufgaben des
70 Landesvorstandes und des geschäftsführenden Landesvorstandes braucht es ein
71 arbeitsfähiges Gremium, was die laufenden Arbeiten übernimmt und gleichzeitig transparent
72 und nachvollziehbar arbeitet. Aus diesem Grund schlägt der Landesvorstand die Änderung der
73 Satzung in Bezug auf die Mitglieder des geschäftsführenden Landesvorstandes vor und
74 empfiehlt nach Annahme der Satzungsänderung dem neu gewählten Landesvorstand einen
75 solchen geschäftsführenden Landesvorstand einzusetzen und in die Geschäftsordnung des
76 Landesvorstandes aufzunehmen.

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86 Antragsteller:innen:
87 Landesvorstand

25. Juli 2024

88
89

90 **Antrag Nr. 2**

91

92 **zur Änderung der Landessatzung**

93

94

95 Neufassung der Landessatzung Abschnitt 3 §12

96

97 **3. Die Gliederung der Partei**

98 **§ 12 Kreisverbände**

99 (1) Der Landesverband Sachsen-Anhalt gliedert sich in Kreisverbände.

100 (2) Der Kreisverband kann die Mitglieder in einem Landkreis, in einer kreisfreien Stadt oder in
101 mehreren territorial verbundenen Landkreisen und kreisfreien Städten umfassen. **Letzterer**
102 **wird mit dem Begriff Regionalverband beschrieben.** Soweit die entsprechenden
103 Voraussetzungen vorliegen, kann statt Kreisverband auch der Begriff Stadtverband gewählt
104 werden.

105 (3) Über die Bildung, Abgrenzung **und Auflösung ~~und Zusammenlegung~~** von Kreisverbänden
106 entscheidet der Landesparteitag im Einvernehmen mit den betroffenen Kreisverbänden. **Über**
107 **die Bildung eines Regionalverbandes entscheidet der Landesparteitag auf Antrag der**
108 **beteiligten ursprünglichen Kreisverbände. Kooperationsvereinbarungen zur**
109 **Vorbereitung und Umsetzung einer Regionalstruktur sind im Vorfeld zulässig.** Der
110 Parteivorstand ist über die Struktur des Landesverbandes zu informieren.

111 (4) Organe eines Kreisverbandes sind mindestens der Kreisparteitag und der Kreisvorstand.
112 Kreisparteitage können als Mitglieder- oder Delegiertenversammlung durchgeführt werden. Es
113 können weitere Organe bestehen. **Gleiches gilt sinngemäß für Regionalverbände.**

114 (5) Die Kreisverbände **bzw. Regionalverbände** sind zuständig für alle politischen und
115 organisatorischen Aufgaben ihres Bereiches, sofern durch diese Landessatzung keine andere
116 Zuständigkeit bestimmt wird.

117 (6) Kreisverbände **bzw. Regionalverbände** sind die kleinsten Gebietsverbände mit
118 selbstständiger Kassenführung und eigener Finanzplanung.

119 (7) Kreisverbände haben das Recht, sich weiter in nachgeordnete Gebietsverbände im Sinne
120 von § 7 Parteiengesetz zu gliedern (Ortsverbände). Zur Bildung von Ortsverbänden ist ein
121 Beschluss des Kreisvorstandes oder des Kreisparteitages notwendig. **Gleiches gilt**
122 **sinngemäß für Regionalverbände.**

123 (8) Innerhalb eines Kreisverbandes können Basisgruppen/Basisorganisationen frei gebildet
124 werden. Näheres regeln die Kreisverbände. **Gleiches gilt sinngemäß für**
125 **Regionalverbände.**

126 (9) Wenn Kreisverbände **bzw. Regionalverbände** in ihren Beschlüssen und ihrem politischen
127 Wirken erheblich und fortgesetzt gegen die Grundsätze des Programms, der Satzung oder
128 Grundsatzbeschlüsse der Partei verstoßen, können sie oder einzelne ihrer Organe durch
129 Beschluss des Landesparteitages aufgelöst werden. Der Auflösungsbeschluss bedarf einer

130 satzungsändernden Mehrheit. Dieser Beschluss muss auch das weitere Verfahren zur
131 demokratischen Neukonstituierung regeln. Die Parteimitgliedschaft des einzelnen Mitglieds
132 bleibt davon unberührt.

133 (10) Gegen einen Auflösungsbeschluss nach Absatz 9 besteht ein Widerspruchsrecht bei der
134 Landesschiedskommission. Bis zur abschließenden Entscheidung ist die Geschäftsfähigkeit
135 des Kreisverbandes **bzw. Regionalverbandes** ausgesetzt.

136

137 Begründung:

138

139 Der Rückgang der Mitgliederzahlen und die Altersstruktur insbesondere in den
140 Kreisverbänden in der Fläche führt zunehmend zu einer sinkenden Kampagnenfähigkeit, zu
141 Problemen bei der Besetzung von Gremien, aber ggf. auch zu wirtschaftlichen Problemen in
142 den Kreisverbänden. Junge Menschen stoßen zwar durchaus auch dort zu uns, aber im
143 Kontext von Ausbildung oder Studium oder auch aus beruflichen Gründen wechseln sie dann
144 in andere Strukturen. Das kann dazu führen, dass in Bezug auf ihre Handlungsfähigkeit
145 Kreisverbände eine kritische Größe unterschreiten. Eine ähnliche Situation hatten wir im
146 Landesverband schon vor 25 Jahren, als wir unsere Strukturen an die Kreisgebietsreform
147 angepasst haben, die Präsenz der Partei im Land (Kreisgeschäftsstellen) in eine
148 flächendeckende Präsenz in Kooperation mit den Fraktionen und Mandatsträger:innen
149 umgebaut und die Unterstützung des Ehrenamtes in Regionen (angelehnt an die
150 Planungsregionen des Landes) neu organisiert haben. Bei der gegenwärtigen Entwicklung
151 sind wir gut beraten, unsere Aufstellung kritisch zu hinterfragen und ggf. zukunftsfeste
152 Lösungen zu suchen.

153

154 In der Landessatzung § 12 Absatz 2 heißt es:

155

156 *Der Kreisverband kann die Mitglieder in einem Landkreis, in einer kreisfreien Stadt oder in*
157 *mehreren territorial verbundenen Landkreisen und kreisfreien Städten umfassen. Soweit die*
158 *entsprechenden Voraussetzungen vorliegen, kann statt Kreisverband auch der Begriff*
159 *Stadtverband gewählt werden.*

160

161 Damit ist bereits die Möglichkeit gegeben, Kreisverbände aus mehreren territorial
162 verbundenen Landkreisen zu bilden. Allerdings ist so der Begriff „Kreisverband“ einer
163 gewissen Doppeldeutigkeit unterworfen, eine Verbindung von zwei oder mehr territorial
164 verbundenen Kreisen sollte auch entsprechend gekennzeichnet und geregelt werden. Daher
165 der Vorschlag, hier den Regionalverband einzuführen.

166

167 Selbstverständlich ist eine Strukturveränderung mit einer Reihe von Fragen verbunden, die im
168 Vorfeld zu beachten sind.

- 169 • Die parteirechtliche Stellung eines Regionalverbandes ist unproblematisch, er ist bei
170 Fragen der Mitwirkung im Landesverband den Kreisverbänden gleichgestellt.
- 171 • Ein Regionalverband bedeutet, dass zwar mit einer höheren Mitgliederzahl ein größeres
172 Territorium bespielt werden muss. Das ließe sich auch durch Hilfe aus den deutlich besser
173 aufgestellten Stadtverbänden erreichen, allerdings haben diese in der Regel keinen Bezug
174 zu den regionalen Problemen (d.h. das wäre eher kein Problem bei Plakatierung oder
175 Materialverteilung, durchaus aber beim inhaltlichen Kontakt wie bei Infoständen oder im
176 Bürgergespräch).

- 177 • Die Bündelung von Aktiven für Aktionen und Kampagnen wird durch die größeren
178 personellen Ressourcen erleichtert, ebenso wie die Besetzung von Gremien. Allerdings
179 muss auch die Bereitschaft vorhanden sein, für einen größeren Bereich Verantwortung zu
180 übernehmen. Erleichtert würde das durch eine kluge Untergliederung des
181 Regionalverbandes und die Einbeziehung aller (Landkreise) in die politische und
182 organisatorische Führung.
- 183 • Unabdingbar wäre für einen Regionalverband die Etablierung moderner Arbeitsformen
184 (Videokonferenzen, Onlinekontakte usw.), da ansonsten die Wegezeiten die Zeiten für
185 politische Arbeit verringern. Wir sollten ohnehin überdenken, ob wir die Zahl interner
186 Sitzungen und Veranstaltungen zu Gunsten der öffentlichen Wirksamkeit reduzieren. Wir
187 sollten aber auch beachten, dass bei einer Reihe von Mitgliedern auch der persönliche
188 Kontakt eine Rolle spielt.

189
190 Im Vorfeld der Bildung von Regionalverbänden sollte es eine schriftliche Vereinbarung
191 zwischen den Kreisen geben, die Eckpunkte des Zusammengehens regelt, so u.a.:

- 192 • die Vertretung aller beteiligten Kreisverbände in Gremien zumindest für eine
193 Übergangszeit,
194 • die Finanzen des Regionalverbandes,
195 • die Struktur der Finanzarbeit.
- 196
197
198
199
200
201
202
203
204
205
206
207
208
209
210
211
212
213
214
215
216
217
218
219
220
221
222

223 Antragsteller:innen: 19. Juli 2024
224 Die Linke Kreisverband Börde, Die Linke Kreisverband Anhalt-Bitterfeld,
225 Die Linke Kreisverband Harz, Die Linke Kreisverband Salzlandkreis
226

227

228 **Antrag Nr. 1**

229 **an die 2. Tagung des 9. Landesparteitages**

230

- 231 1. Wir fordern den Landesverband auf, bei zukünftigen Wahlen auf sinnlose massenweise
232 und unverhältnismäßig aufwändige A1-Plakatierung an Lichtmasten, Bäumen oder
233 Zäunen zu verzichten und dafür andere Wahlwerbung zu nutzen.
- 234 2. Wir bitten alle kommunalen Mandatsträger:innen, in ihren Kommunen darauf
235 hinzuwirken, dass die kommunalen Satzungen dahingehend geändert werden, dass
236 A1-Plakatierung für alle Parteien und Wählergemeinschaften nur noch auf dafür
237 vorgesehenen zentralen Tafeln (Beispiel Haldensleben) vorgenommen werden darf.
- 238 3. Wir fordern den Landesverband auf, sich dem in Punkt 1 und 2 inhaltsgleichen Antrag
239 an den Bundesparteitag im Oktober 2024 anzuschließen.

240

241 Begründung:

242 Der zeitliche, finanzielle und personelle Aufwand steht in keinem Verhältnis zum Nutzen. Der
243 ökologische Fußabdruck von der Herstellung bis zur Entsorgung der A1-Plakate ist hoch und
244 nicht mehr zeitgemäß. Durch offensive Kommunikation unseres Verzichts auf A1-Plakate
245 besteht die Möglichkeit, bei Wähler:innen zu punkten.

Änderungsantrag Nr.: 3 zu Antrag Nr.: 1 (Ersetzungsantrag)

Antragsteller:in: Die Linke. Kreisverband Börde, Die Linke. Kreisverband Anhalt-Bitterfeld, Die Linke. Kreisverband Harz, Die Linke. Kreisverband Salzlandkreis

1. Wir fordern den Landesverband auf, bei zukünftigen Wahlen die massenhafte A1-Plakatierung einzudämmen. Die Stadt- und Kreisverbände sollen selbst entscheiden, ob sie gänzlich auf A1-Plakatierung verzichten. Das ist im Wahlplenum abzustimmen. Gleichzeitig wollen wir auch nach neuen Formen des Wahlkampfes suchen.
2. Wenn in den Kommunen Anstrengungen unternommen werden, die Plakatflut in Wahlkämpfen einzudämmen, wird DIE LINKE das unterstützen.
3. Der Landesverband wird aufgefordert, diese Entscheidung insbesondere für zentral geführte Wahlkämpfe mit der Bundesebene abzustimmen.

Begründung:

Der zeitliche, finanzielle und personelle Aufwand steht in keinem Verhältnis zum Nutzen. Der ökologische Fußabdruck von der Herstellung bis zur Entsorgung der A1-Plakate ist hoch und nicht mehr zeitgemäß. Durch offensive Kommunikation unseres Verzichts auf A1-Plakate besteht die Möglichkeit, bei Wähler*innen zu punkten.

ÄA-Nr. 1. (Ergänzung)

Antragsstellerin: Charlotte Sophie Baschwitz

4. Der Inhalt der Werbetafel ist nicht ausschließlich auf deutsch. Mindestens eine weitere Sprache pro Plakat sollte einbezogen werden. Die Zweitsprache kann zwischen den Plakaten wechseln. Die Sprachen englisch, arabisch und ukrainisch bieten sich an.

ÄA-Nr. 2 (Ergänzung)

Antragsstellerin: Charlotte Sophie Baschwitz, Gritt Kumar

4. Für Fußgänger:innen zugängliche Werbetafeln sind mit BIOS System auszustatten, sodass sehbehinderte Menschen und Menschen mit Analphabetismus den Inhalt des Plakates angesagt bekommen können.

246
247
248
249
250
251
252
253
254
255
256
257
258
259
260
261
262
263
264

265 Antragsteller:innen:
266 Sprecher:innenrat Kreisverband Jerichower Land

25. Juli 2024

267
268
269
270

271 **Anträge Nr. 2.1. und 2.2.**

272

273 **an die 2. Tagung des 9. Landesparteitages**

274

275

276 Zur 2. Tagung des 8. Landesparteitages vom 05. bis 06.03.2022 sind durch den Kreisverband
277 Jerichower Land drei Anträge eingereicht worden. Zum Ende der Tagung haben die
278 Delegierten des Kreisverbandes JL aus zeitlichen Gründen beantragt, diese Anträge an den
279 Landesvorstand zu verweisen. Mit Beschluss des Parteitages wurden diese an den
280 Landesvorstand weitergegeben (siehe „Weitere Beschlüsse der 2. Tagung des 8.
281 Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt am 5. und 6. März 2022“).
282 Nach über zwei Jahren sind die Anträge nicht abschließend behandelt! Es gab zwar im
283 Oktober 2022 einen Beschluss zum Umgang mit den Anträgen, der bisher aber nicht
284 umgesetzt ist.

285 Die Linke muss sich erneuern. Wir müssen die derzeitige Krise überwinden. Arbeitsweisen
286 und Strukturen müssen sich den veränderten Bedingungen anpassen!

287 Daher sollen nunmehr zwei der Anträge erneut zum diesem Landesparteitag eingereicht
288 werden.

289

290

291 **2.1.**

292 **Begrenzung der Wahlperioden für Landtag und Bundestag**

293

294 Der Landesparteitag möge beschließen:

295

296 1. Die Dauer der Ausübung eines Mandats für unsere Partei soll auf die Dauer von zwei
297 Wahlperioden begrenzt werden.

298 2. Wenn eine entsprechende Änderung der Bundessatzung beschlossen ist, soll die
299 Landessatzung angepasst werden.

300

301 Begründung:

302 Mit dieser Beschränkung auf zwei Wahlperioden soll der Weg für eine Erneuerung in den
303 Fraktionen auf Landes- und Bundesebene geöffnet und das Phänomen des
304 Berufspolitikertums eingedämmt werden. Dies bedeutet, dass Politiker:innen nicht über einen
305 zu langen Zeitraum hinweg im Amt bleiben und somit möglicherweise den Bezug zur realen
306 Gesellschaft verlieren. Durch die Rotation von Mandatsträger:innen können frische Ideen und
307 Perspektiven in die Politik eingebracht werden, was zu einer lebendigeren und vielfältigeren
308 politischen Landschaft führen kann. Zudem werden „Verkrustungen“ in der Fraktion
309 entgegengewirkt.

310 Aus der Strukturkommission des Parteivorstandes heißt es: „Die Mandatszeitbegrenzung wird
311 empfohlen und soll nach zwei Legislaturperioden greifen. Bei der Aufstellung der Landeslisten
312 ist darauf hinzuwirken, dass mindestens jeder vierte Listenplatz mit einer Person besetzt wird,
313 die dem Bundestag in den 36 Monaten vor dem Wahltag nicht angehört hat.“

ÄA Nr. 1 zum Antrag 2.1.

Antragsteller:innen: Kreisverband Jerichower Land, Sprecher:innenrat

Begrenzung der Wahlperioden für Landtag und Bundestag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ein Mandat für unsere Partei auf Landes- und Bundesebene soll zeitlich begrenzt werden, in der Regel auf zwei Wahlperioden. Da auch die Kontinuität der parlamentarischen Arbeit gesichert werden muss, soll das über eine Erneuerungsquote im Bereich der aussichtsreichen Listenplätze erfolgen.

Begründung:

Mit dieser Beschränkung auf zwei Wahlperioden soll der Weg für eine Erneuerung in den Fraktionen auf Landes- und Bundesebene geöffnet und das Phänomen des Berufspolitikerturns eingedämmt werden. Dies bedeutet, dass Politiker:innen nicht über einen zu langen Zeitraum hinweg im Amt bleiben und somit möglicherweise den Bezug zur realen Gesellschaft verlieren. Durch die Rotation von Mandatsträger:innen können frische Ideen und Perspektiven in die Politik eingebracht werden, was zu einer lebendigeren und vielfältigeren politischen Landschaft führen kann. Zudem werden „Verkrustungen“ in der Fraktion entgegengewirkt.

Eine zwingende Mandatszeitbegrenzung steht im Konflikt mit dem Wahlrecht der BRD. Politische Parteien können sich Vorgaben machen, die dann einen empfehlenden Charakter haben.

Aus der Strukturkommission des Parteivorstandes heißt es:

„Die Mandatszeitbegrenzung wird empfohlen und soll nach zwei Legislaturperioden greifen. Bei der Aufstellung der Landeslisten ist darauf hinzuwirken, dass mindestens jeder vierte Listenplatz mit einer Person besetzt wird, die dem Bundestag in den 36 Monaten vor dem Wahltag nicht angehört hat.“

Eine solche Regelung würde aus unserer Sicht nur dann zu realen Veränderungen führen, wenn die Länge der Liste nur unwesentlich von der Zahl der dann Gewählten abweichen würde.

Wir beantragen bewusst keine Änderung der Satzung, da diese eine zwingende wäre. In unserer politischen Kultur kann es immer Ausnahmen geben. Mit dem Beschluss zur innerparteilichen Kultur wollen wir erreichen, dass bei Listenaufstellungen auch dieser Aspekt stärker beachtet wird.

314

315 **2.2.**

316 **Festlegung von Kriterien zur Erstellung der Liste für die Landtagswahlen**

317

318 Der Landesparteitag möge beschließen:

319 Der Landesvorstand wird aufgefordert, vor Beginn der Listenaufstellung zur Landtagswahl
320 2026 Kriterien für Kandidaturen und die Zusammensetzung der Liste zu erarbeiten, mit den
321 Stadt- und Kreisverbänden zu beraten und in das Verfahren zur Aufstellung einzubringen.

322

323

324 Begründung:

325 Mit diesen Vorgaben soll eine größtmögliche Gleichbehandlung von Kandidat:innen für die
326 Landtagswahl erreicht werden. Dem Landesvorstand wird so ein Instrument an die Hand
327 gegeben, die Basis gleichberechtigt zu beteiligen. Es ist wichtig, dass wir klare und
328 transparente Grundsätze haben, um sicherzustellen, dass die bestmöglichen Kandidat:innen
329 für unsere Partei nominiert werden. Diese Kriterien sollen sicherstellen, dass unsere
330 Kandidat:innenliste vielfältig und repräsentativ ist und dass wir die besten Köpfe für eine
331 erfolgreiche Zukunft unserer Partei nominieren.

332

333 Aus unserer Sicht sollten folgende Überlegungen in die Kriterien einfließen:

- 334 • Der Landesvorstand gibt Themenfelder vor, für die sich Interessent:innen bewerben
335 können.
- 336 • In die Einschätzung der Eignung fließen solche Anforderungen ein wie eine
337 abgeschlossene
338 Berufsausbildung bzw. ein Studienabschluss und mindestens 2 Jahre Berufserfahrung.

339

340 Für die ersten 15 Plätze können wir uns folgende Verfahrensweise vorstellen:

- 341 - Quotierung,
- 342 - für die einzelnen Plätze (auch 1) werden Themenfelder durch den LPT festgeschrieben,
343 auf die/der Bewerber/in passen muss,
- 344 - die regionale Ausgewogenheit wird durch die Festschreibung von dreimal je 5 Plätzen
345 nach den Landesplanungsregionen gesichert,
- 346 - 5 Plätze müssen an Bewerber vergeben werden, die bisher nicht im Landtag vertreten
347 sind
- 348 - 3 Bewerber sollen max. 26 Jahre alt sein.

349

350

351

352 Mario Langer

353 Vorsitzender Sprecherrat

354

355

356

357

358

359

360

361

362

363

364

365 Antragsteller:innen:

26. Juli 2024

366 Stadtvorstand Die Linke Magdeburg

367

368

369

370 **Antrag Nr. 3**

371

372 **an die 2. Tagung des 9. Landesparteitages**

373
374
375
376

Linke Politik braucht Raum für Debatten

Antrag

378 Der Landesvorstand wird aufgefordert, regelmäßig für die und mit den Genoss:innen der
379 Partei Räume einzurichten und zu moderieren, in denen kommunal- bis weltpolitische Themen
380 miteinander diskutiert werden können. Diese Debattenräume sind regelmäßig sowohl in
381 Präsenz als auch digital anzubieten.

382

Begründung:

384 Linke Politik lebt vom Austausch, vom Diskurs. Dieses kam in der zurückliegenden Zeit
385 deutlich zu kurz. Es fehlte über die Stadt- und Kreisverbandsgrenzen hinaus ein Austausch
386 innerhalb des Landesverbandes, der es allen interessierten Genoss:innen ermöglichte,
387 Debatten miteinander zu führen. Gerade der russische Angriffskrieg, der Krieg in Israel und
388 Palästina, insgesamt die Friedensthematik haben in der zurückliegenden Zeit verdeutlicht,
389 dass wir nicht mehr miteinander diskutieren und Vorstandsbeschlüsse nicht zwingend durch
390 die Basis getragen werden. Themenfokusse werden zu oft durch Partei- oder Fraktionsführung
391 einseitig gesetzt. Die Genoss:innen an der Basis fühlen sich dadurch nicht mitgenommen.
392 Schlimmer noch: Sie fühlen sich nicht gehört. Es ist Aufgabe eines Landesvorstandes, Räume
393 zu ermöglichen, in denen man miteinander diskutiert. Das stärkt uns in der Debatte, aber vor
394 allem im gegenseitigen Verständnis, fördert das Zuhören, aber ermöglicht auch ein
395 geschlossenes Auftreten nach außen. Auch wird so die gemeinsame, ebenenübergreifende
396 Positionsfindung vorangetrieben. Die von einzelnen Genoss:innen immer wieder aufgerufene
397 Verhaltensweise, Debatten auf Social Media zu unterlassen, würde damit endlich auch
398 praktisch untersetzt werden, in dem Debatten im Landesverband endlich wieder Raum
399 bekommen.

Änderungsantrag 1 zu Antrag Nr. 3 Linke Politik braucht Raum für Debatten

Antragsteller:in: Kreisvorstand Wittenberg

1. Der Antrag soll nach Zeile 381 (Antragsheft) einen zusätzlichen Absatz erhalten.
*Dabei sollen verschiedene Konzepte für Debattenformate erarbeitet und im Anschluss
ausprobiert und evaluiert werden.*

*Zusätzlich soll sichergestellt werden, dass ein regelmäßiger Austausch zwischen unseren
ehrenamtlichen Verantwortungsträger:innen organisiert wird, einschließlich Handreichungen
für Parteitage und Schulungen. Auch die Kommunikation zwischen den Kreis- und
Stadtverbänden und dem Landesvorstand muss regelmäßiger und strukturierter erfolgen.*

2. Der Titel des Antrages wird wie folgt ergänzt:

Linke Politik braucht Raum für Debatten **und den innerparteilichen Austausch**

Begründung:

In den Stadt- und Kreisverbänden gibt es einen Generationswechsel. Gleichzeitig wird es
immer schwieriger, Vorstände zu besetzen. Ehrenamtliche Verantwortungsträger:innen
benötigen einen regelmäßigen Austausch, Handreichungen für Parteitage und Schulungen.
Auch die Kommunikation zwischen den Kreis- und Stadtverbänden und dem
Landesvorstand muss regelmäßiger und strukturierter erfolgen. Der Erfahrungsaustausch,
die praktische Hilfe im Parteilalltag sowie die inhaltliche Positionsfindung müssen bessere
Wege finden. Man sollte mit dem LV Brandenburg in Austausch gehen, dieser bietet eine
wöchentliche Diskussionsplattform für alle Mitglieder an.

400

Änderungsantrag zu Antrag Nr. 2 zu Antrag Nr.: 3 *Linke Politik braucht Raum für Debatten*

Antragsteller:innen: Alexander Sorge, Richard Höhne, Robert Brix, Gunter Kops, Matthias Dupke, Kreisverband Saalekreis

Der Antrag soll in Zeile 381 (Antragsheft) um einen Satz erweitert werden.
Dabei sollen verschiedene Konzepte für Debattenformate erarbeitet und im Anschluss ausprobiert und evaluiert werden.

Begründung:

Durch die Erprobung verschiedener Debattenformate und deren Evaluation u.a. durch Feedback der Teilnehmer:innen hoffen wir, stärker auf die individuellen Fähigkeiten der Genoss:innen und Teilnehmer:innen einzugehen als auch die Dynamik und die Qualität der Debatten zu verbessern. Ziel soll es sein die Motivation zu steigern sich aktiv und kontinuierlich zu beteiligen.

401
402
403
404
405
406
407
408
409
410
411
412
413
414
415
416

Antragsteller:innen:
Stadtvorstand Die Linke Magdeburg

26. Juli 2024

Antrag Nr. 4

an die 2. Tagung des 9. Landesparteitages

420
421
422
423
424
425
426

Antrag

Der Landesvorstand wird aufgefordert, die strategische Ausrichtung der Landespartei zu analysieren und ihr inhaltliches Profil zu schärfen. Dies soll über folgende Säulen umgesetzt werden:

427
428
429
430

Wahlanalysen und aktuelle Herausforderungen:

In den kommenden zwei Jahren stehen wegweisende Wahlen bevor. Die Ergebnisse der Europa- und Kommunalwahlen haben genauso wie die Landtagswahl 2021 und die Bundestagswahl 2021 als Seismograph für die aktuelle Lage der Partei gedient und deutlich

431 gemacht, dass ein einfaches „Weiter-So“ nicht funktioniert. Es hätte klar sein müssen, dass
432 tiefgreifende Veränderungen notwendig sind, dennoch wurde bisher nur ein „Weiter-So“
433 praktiziert. Die desaströsen Wahlergebnisse bei der Europa- und Kommunalwahl zeigen, dass
434 wir kaum noch eine Chance haben, ohne grundlegende Analyse und Veränderung das Ruder
435 herumzureißen.

436

437 **Notwendigkeit einer umfassenden Analyse:**

438 Es muss eine tiefgreifende kritische und ehrliche Analyse der Parteistrukturen, des
439 inhaltlichen Profils und der Mitgliederbindung erfolgen. Diese Analyse muss nicht nur
440 versprochen, sondern umgehend umgesetzt werden. In die strategische Debatte müssen
441 zwingend die Kreis- und Stadtverbände eng und dauerhaft eingebunden werden. Strategische,
442 programmatische und taktische Positionierungen dürfen nicht „von oben herab“ festgelegt
443 und öffentlich verkündet werden, sondern müssen in den Gremien und in der Basis der Partei
444 diskutiert werden.

445

446 **Generationswechsel und Ehrenamt:**

447 In den Stadt- und Kreisverbänden erleben wir seit geraumer Zeit einen Generationswechsel.
448 Gleichzeitig wird es immer schwieriger, Vorstände zu besetzen. Ehrenamtliche
449 Verantwortungsträger:innen benötigen entsprechende Unterstützungsmechanismen wie
450 regelmäßige Runden des Austausches, Handreichungen für Parteitage und Schulungen. Auch
451 die Kommunikation zwischen den Kreis- und Stadtverbänden und dem Landesvorstand muss
452 regelmäßiger und strukturierter erfolgen. Der Erfahrungsaustausch, die praktische Hilfe im
453 Parteilalltag sowie die inhaltliche Positionsfindung müssen bessere Wege finden.

454

455 **Mitgliederbindung und Integration neuer Mitglieder:**

456 Neue Mitglieder kommen zu uns, um etwas zu bewirken, sie treffen jedoch auf Strukturen, die
457 oft nur noch begrenzt handlungsfähig, die frustriert sind. Sowohl neue als auch erfahrene
458 Genoss:innen kommen aus unterschiedlichen Milieus und mit unterschiedlichen Erwartungen.
459 Daher brauchen wir Räume des Kennenlernens, der Begegnung und des Austausches, um
460 stärker gemeinsam aufzutreten. Nur wenn wir mehr voneinander wissen und lernen, können
461 wir auch stärker gemeinsam auftreten. Der Landesvorstand ist aufgefordert, ein Konzept zu
462 entwickeln, um die Mitgliederbindung zu stärken und neue Genoss:innen aktiv in die Partei zu
463 holen, ohne die erfahrenen Genoss:innen außen vor zu lassen.

464

465 **Strukturelle Herausforderungen und Finanzdebatte:**

466 Als Landesverband stehen wir vor strukturellen Herausforderungen. Sinkende
467 Mitgliederzahlen führen zu sinkenden Einnahmen. Es ist höchste Zeit, sich der Struktur des
468 Landesverbandes anzunehmen und zu definieren, welches Hauptamt und welche Strukturen
469 es braucht, um die Ehrenamtlichen in den Städten und Kreisen zu unterstützen. Dabei darf die
470 Finanzdebatte nicht außen vor bleiben. Alle Genoss:innen sind zur Beitragsehrlichkeit
471 aufgerufen.

472

473 **Kandidat:innenfindung:**

474 Für die bevorstehenden Wahlen gilt es, rechtzeitig Kandidierende zu gewinnen. Viele
475 engagierte Genoss:innen sind seit Jahren aktiv und übernehmen (ehrenamtlich)
476 Verantwortung. Sie verdienen unser Vertrauen bei der Kandidatur. Zuzug und Beitritte zu
477 Kreis- und Stadtverbänden allein zum Zwecke der Aufstellung für Wahlen lehnen wir ab.

Änderungsantrag Nr.: 1 zum Antrag Nr. 4 „Zukunft der Partei“

Antragsteller:in: Landesvorstand

Es wird beantragt, in Zeile 476/477 den Satz „Zuzug und Beitritte ... lehnen wir ab.“ zu streichen.

Begründung:

Dieser Satz ist missverständlich. Die Stadt- und Kreisverbände entscheiden selbständig über die Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten für Direktwahlkreise und über Vorschläge ihres Stadt- und Kreisverbandes für Landeslisten zur Bundestags- oder Landtagswahl. Sie können auch Kandidatinnen und Kandidaten aufstellen, die nicht Mitglied des Stadt- oder Kreisverbandes sind und auch nicht in ihm wohnen. Es obliegt aber eben ihnen selbst, darüber zu entscheiden, wen sie dafür für geeignet halten. Prinzipiell ist eine Verankerung, Bekanntheit und ein Engagement in den Stadt- und Kreisverbänden wünschenswert. Der oben zu streichende Satz hätte nur appellierenden Charakter und keine Bindungswirkung.

In der Realität übernehmen umgedreht gewählte Mitglieder des Bundestages oder des Landtages nach der Wahl auch regionale Verantwortlichkeit für Kreise, in denen sie weder zur Wahl standen noch wohnen. Aus dem einfachen Grund, regionale Übergewichte und weiße Flecken bei der Betreuung und Repräsentanz zu vermeiden. Häufig geht damit auch ein Beitritt in den zu betreuenden Stadt- und Kreisverband einher.

Die Autonomie der Stadt- und Kreisverbände z.B. wenn ein Direktwahlkreis aufgrund von fehlenden Bewerberinnen und Bewerber aus dem eigenen Stadt- oder Kreisverband leer bleiben würde, mögliche Kandidatinnen und Kandidaten auch aus anderen Stadt- und Kreisverbände für eine Kandidatur anzusprechen und zu gewinnen, wollen wir auch zukünftig nicht beschneiden, um einen flächendeckenden Antritt in den Direktwahlkreisen zu sichern.

478

479 **Profilschärfung und thematische Geschlossenheit:**

480 Profilschärfung schaffen wir nur mit thematischer Geschlossenheit. Wir müssen als
481 Landesverband endlich thematisch wahrnehmbar und mit einem Profil in der Öffentlichkeit
482 stehen. Die Partei ist der Motor unserer Politik. Nur wenn wir eine politische Sprache nach
483 außen sprechen, sind wir für die Menschen wieder glaubwürdiger. Dazu braucht es inhaltliche
484 Verständigungen. Gerade das Thema der Daseinsvorsorge in einem Flächenland wie Sachsen-
485 Anhalt ist dabei der Dreh- und Angelpunkt. Ob Wohnen, ÖPNV, Krankenhaus, Hausärzt:innen,
486 Kita, Schule oder Pflege - hier sind wir stark, hier haben wir gute Konzepte. Diese gilt es zu
487 stärken und vor allem nach außen deutlich besser zu tragen. Das gelingt aber nur, wenn es
488 seitens des Landesverbandes auch progressiv vorangetrieben wird.

489

490 Begründung

491 Wir stellen diesen Antrag, weil die Partei vor erheblichen Herausforderungen steht und ohne
492 eine tiefgreifende Analyse und Neuausrichtung ihre gesellschaftliche Relevanz und
493 Handlungsfähigkeit zu verlieren droht.

494

495 Die desaströsen Ergebnisse der letzten Europa- und Kommunalwahlen haben gezeigt, dass
496 die bisherige Strategie nicht funktioniert. Es ist klar, dass ein einfaches „Weiter-So“ nicht
497 mehr tragbar ist. Eine fundierte Analyse ist daher zwingend notwendig, um die Ursachen des
498 Misserfolgs zu verstehen, zu beheben und uns neu auszurichten. Ein Zurück kann es dabei
499 nicht geben.

500

501 In den kommenden zwei Jahren stehen entscheidende Wahlen an. Ohne eine sofortige und
502 gründliche strategische Neuausrichtung haben wir kaum eine Chance, in diesen Wahlen
503 erfolgreich zu sein. Die bevorstehenden Bundestags- und Landtagswahlen in 2025 und 2026
504 erfordern eine starke, einheitliche und klar profilierte Partei im Land Sachsen-Anhalt.

505
506 Auch sinkende Mitgliederzahlen sowie der Verlust von Mandaten stellen uns vor erhebliche
507 finanzielle und strukturelle Probleme, bei denen es einer strikten Gesamtevaluation der
508 Strukturen bedarf. Die Wahlverluste dürfen die Handlungsfähigkeit der Partei nicht gefährden.

509
510 Auch gilt der Fokus dieses Antrags der gemeinsamen Arbeit an Strukturen und Inhalten, denn
511 die Einbindung der Basis ist essentiell für einen gestärkten Zusammenhalt.

512 Aufgeben ist nicht! Deswegen muss eine tiefgreifende kritische wie auch ehrliche Analyse
513 umgehend erfolgen. Dabei müssen Parteistruktur, inhaltliches Profil, Mitgliederbindung als
514 auch die bevorstehende Bundestagswahl in 2025 und die Landtagswahl in 2026 in einer
515 strategischen Debatte zielführend betrachtet werden. Die vom Landesverband eingesetzte AG
516 Struktur hätte diesen Weg einschlagen können. Jedoch ist ihr Agieren aus unbekanntem
517 Gründen nicht fortgesetzt worden. In diese Debatte sind zwingend die Kreis- und
518 Stadtverbände dauerhaft und eng einzubinden. Strategische, programmatische und taktische
519 Positionierungen sind grundsätzlich in den Gremien, Strukturen und mit der Basis der Partei
520 zu diskutieren.

521
522
523
524
525
526
527
528
529
530
531
532
533
534
535
536
537
538
539
540
541
542
543
544
545
546
547
548
549
550

551
552
553
554
555
556
557
558
559
560
561
562
563
564
565
566
567
568
569
570
571
572
573
574
575
576
577
578
579
580
581
582
583
584
585
586
587
588
589
590
591
592
593
594
595
596
597

Antragsteller:innen:
Stadtvorstand Die Linke Halle (Saale)

26. Juli 2024

Antrag Nr. 5

an die 2. Tagung des 9. Landesparteitages

Partei stärken, Ressourcen bündeln, Umgang mit Mandaten reformieren

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Delegierten des 9. Landesparteitages der Partei Die Linke Sachsen-Anhalt fordern den Landesvorstand dazu auf:

- 1.) bei den Listenvorschlägen zur Landtags- und Bundestagswahl eine feste Erneuerungsquote zu beachten. Konkret müssen 2/3 der Vorschläge weniger als zwei Wahlperioden Mitglieder des Land- bzw. Bundestages gewesen sein. Diese Quote bezieht sich dabei auf die Anzahl der Mandate, die bei der letzten Wahl errungen werden konnten.
- 2.) dem Landesparteitag vor der Listenaufstellung für die nächste Wahl einen Beschlussvorschlag für eine Vereinbarung zur Mandatsträgerabgabe vorzulegen. Die Abgabe soll sich dabei an der Grenze des durchschnittlichen Facharbeitergehaltes orientieren wie es etwa unsere österreichische Schwesterpartei KPÖ regelt. Dazu soll bereits jetzt eine Möglichkeit gesucht werden, vorhandene Mittel aus Mandatsträgerabgaben oder Spenden (neben der Finanzierung der Partei) in einen Hilfsfonds zu geben, der z.B. über Sozialsprechstunden direkt für Menschen in sozialen Problemlagen zur Verfügung steht.
- 3.) mit den Kreis- und Stadtverbänden einen Dialog über mögliche Anwendungen im Sinne der oben genannten Vorgaben auf der kommunalen Ebene zu führen, um diese den kommunalpolitischen Realitäten anzupassen.
- 4.) geeignete Methoden zu entwickeln, um gemeinsam mit allen Mandatsträger:innen, Kreis- und Stadtvorständen und der Basis einen Wissenstransfer zwischen erfahrenen und

598 neuen Mitgliedern sowie zwischen den jeweiligen Strukturen zu organisieren. Das soll mit
599 den vorhandenen Angeboten und Kooperationen abgestimmt werden.

600

601 Begründung:

602

603 Zu 1.) In ähnlicher Form wurde der Antrag bereits auf vorherigen Parteitage diskutiert. Die
604 jeweiligen Entwürfe sind entweder knapp abgelehnt oder zur Beratung an den Landesvorstand
605 überweisen worden, was z.B. mit Bezug auf die Anträge aus dem Jerichower Land inzwischen
606 2 ½ Jahre her ist. In der jetzt vorliegenden angepassten und kontextualisierten Form hoffen
607 wir allerdings auf Zustimmung oder zumindest auf Änderungsanträge zur Anpassung der
608 Forderung. Denn die Fakten liegen auf der Hand: Während in den 90er-Jahren in verschiedenen
609 progressiven Parteien ganz selbstverständlichen davon ausgegangen wurde, dass das
610 Ungleichgewicht zwischen Parteien und Fraktionen, Ehrenamtlichen und Mandatsträger:innen
611 genau wie die Einstellung auf die Berufspolitik an sich immer Probleme mit sich bringt, sind
612 wir heute in der Situation, dass weder die Bundestagsgruppe noch die Landtagsfraktion in
613 Sachsen-Anhalt die für Ehrenamtliche weiterhin geltende Regel von acht Jahren (z.B. für den
614 Parteivorsitz) einhalten würden. Während sich die bisherige Durchschnittsamszeit im
615 Bundestag dadurch „verjüngt“ hat, dass mit der BSW-Abspaltung einige
616 „Dauerparlamentarier:innen“ gegangen sind und nun nur noch knapp zweistellig liegt, wird
617 unsere Fraktion in LSA nach dem Ende der Wahlperiode (2026) eine
618 Durchschnittsmandatszeit von 15,25 Jahren aufweisen. Ganz unabhängig von Einzelpersonen
619 gibt es also einen strukturellen Faktor, der dem, was wir bundesweit als richtig empfinden,
620 widerspricht. Daraus resultiert Handlungsbedarf, den wir mit dieser Erneuerungsquote
621 bedienen wollen. Es geht aber nicht nur um Zahlen, sondern vor allem um Inhalte: Potentiell
622 rotierende Ämter stärken die Verbindung zwischen Partei und Fraktion, eine sprechende
623 Regelung sorgt für mehr Glaubwürdigkeit gegenüber dem Vorwurf der Berufspolitik und hilft
624 bei der Integration von Genoss:innen, die mehrheitlich noch nicht in der Partei waren, als die
625 „Durchschnittsfraktion“ schon die erste Wahlperiode im Landtag hinter sich gebracht hat.

626

627 Zu 2.) Mandatszeitbegrenzung und Mandatsträgerabgaben (und ihre Nutzung) gehören für uns
628 zusammen. Beides ist ein Ausdruck von unserer Kritik an der „Berufspolitik“. Unsere
629 österreichische Schwesterpartei KPÖ regelt deshalb die Begrenzung von Mandatseinkünften
630 auf ein Facharbeitergehalt, um dieses Thema anzugehen. Darüber hinaus wird darauf
631 geachtet, dass die Zahlungen einen konkreten Mehrwert haben, also etwa Menschen in
632 Notlagen helfen und damit gleichzeitig den sozialen Anspruch der Partei verkörpern. Wir
633 wissen dabei, dass unsere Abgeordneten schon sehr viel spenden, aber wir glauben, dass es
634 ein entsprechendes Signal braucht und über die Verwendung der Mittel anders entschieden
635 werden muss, um einen stärkeren Effekt zu erzielen. Mit einem dauerhaften Hilfsfonds für
636 soziale Notlagen schaffen wir Vertrauen und geben den Sozialsprechstunden Auftrieb. Da wir
637 dafür kein fertiges Konzept präsentieren können, wollen wir den Landesvorstand mit beidem
638 beauftragen, um den politischen Willen der Partei konkret umzusetzen.

639

640 Zu 3.) Kommunale Gremien sind anders. Teilweise fehlen schlicht die Kandidat:innen,
641 teilweise recht die Entschädigung nicht einmal für das Benzin oder das Bahnticket, um in den
642 Ort der Kreistags- oder Ortschaftsratssitzung zu fahren. Hier geht es uns deshalb darum zu
643 prüfen, wie die auch für die kommunale Ebene richtigen Gedanken zur Begrenzung und zu
644 höheren Abgaben dort umsetzbar sind. Das müssen letztlich die Verbände vor Ort
645 entscheiden. Gleichzeitig gilt natürlich auch hier, dass es personelle Erneuerung und die
646 ideale Nutzung der Mandatsträgerbeiträge braucht. Teil der Diskussion muss auch sein, wie

647 man mit den Positionen von Wahlbeamt:innen und anderen (Oberbürgermeister:innen,
648 Bürgermeister:innen, Begeordneten, Landrät:innen) umgeht.

649

650 Zu 4.) Zur Mandatszeitbegrenzung gehört der Wissenstransfer, der auch ganz unabhängig
651 davon in der Partei ausgebaut werden muss. Immer wieder werden Forderungen nach einer
652 „Parteischule“ und nach mehr Seminaren laut. Das ist eine Aufgabe, die definitiv angegangen
653 werden muss. Ein Teil davon ist es, die reale Erfahrung von langjährigen Mandatsträger:innen
654 zu nutzen und weiterzugeben. Das wird am Besten ergänzt durch eine Verzahnung mit bereits
655 bestehenden Angeboten.

Änderungs-/Ersetzungsantrag-Nr.: 1

Antragsteller: Die Linke Kreisverband Wittenberg

Der Antrag Nr. 5 – Partei stärken, Ressourcen bündeln, Umgang mit Mandaten reformieren – erhält folgende Fassung:

Die Partei und ihre Mandatsträger*innen stärken und Ressourcen effektiv nutzen

Der Landesparteitag möge beschließen:

1. Für die Umsetzung linker Ideen sind starke Fraktionen aus Vertreter*innen der Linken in den Parlamenten auf allen Ebenen – von den Kommunen bis zum europäischen Parlament – von zentraler Bedeutung. In der Partei muss alles dafür getan werden, dass Die Linke in allen Parlamenten durch Mandatsträger*innen ihre politische Agenda verfolgen kann. Dafür kommt es vor allem darauf an, für die Wahlen zu den jeweiligen Parlamenten geeignete Kandidat*innen zu gewinnen und diese im Wahlkampf bestmöglich zu unterstützen. Mandatsträger*innen sind Leistungsträger*innen in der politischen Arbeit und wichtige Gesichter für das Bild der Partei bei den Bürger*innen und Wähler*innen! Deshalb müssen bei der Aufstellung von Kandidatenlisten die persönliche Ausstrahlung und Eignung sowie Teamfähigkeit und Lebenserfahrung ebenso eine wichtige Rolle spielen, wie Fachkompetenz und politisches Engagement.
2. Der Landesvorstand wird beauftragt, in Vorbereitung des Parteitages zur Aufstellung der Kandidatenliste für die Landtagswahl 2026 ein transparentes Verfahren zu entwickeln, in dem der Landesvorstand gemeinsam mit den Vorsitzenden der Stadt- und Kreisverbände einen abgestimmten Vorschlag für den Parteitag erarbeitet. Dabei ist die Geschlechterparität ebenso zu berücksichtigen, wie die regionale Verortung der Kandidat*innen, die fachliche Kompetenz insbesondere für linke politische Kernthemen und die Repräsentanz der verschiedenen Altersbereiche. Auf den ersten 6 Listenplätzen (3 Frauen, 3 Männer) sollen die fünf Planungsregionen des Landes und Kandidat*innen mit weniger als zwei Wahlperioden als Mitglied im Landtag vertreten sein. Gleiches gilt für die Listenplätze 7 – 12.
3. Die Mandatsträgerbeiträge der gewählten Mitglieder im Landtag und im Bundestag sind eine wichtige Finanzierungsquelle für die Arbeit der Landespartei. Von den Kandidierenden sind deshalb Verpflichtungserklärungen abzugeben, als Mitglied im Landtag 15 v.H. der Abgeordnetenentschädigung und 20 v.H. der Zulagen, die für parlamentarische Funktionen gewährt werden, an die Landespartei abzuführen. Soweit die Mandatsträger*innen Erhöhungen der Abgeordnetenentschädigung über einen Solidaritätsfonds ganz oder teilweise dafür einzusetzen, Vereine und Verbände bei

sozialen Projekten und bei der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen zu unterstützen, so ist dies eine wichtige Hilfe für die Parteiarbeit.

4. Die Kandidierenden sollen sich ebenso mit der Aufstellung verpflichten, als Mitglied im Landtag oder im Bundestag die Möglichkeiten der Einrichtung von Wahlkreisbüros umfassend zu nutzen und die Orte in enger Kooperation zwischen der Landtagsfraktion und dem geschäftsführenden Landesvorstand zu bestimmen.
5. Der Landesvorstand wird beauftragt, gemeinsam mit den Vorsitzenden der Stadt- und Kreistagsfraktionen, dem Vorstand der Landtagsfraktion sowie dem Kommunalpolitischen Forum geeignete Formate zu entwickeln, um einen verlässlichen und kontinuierlichen Informations- und Erfahrungsaustausch für kommunale Mandatsträger*innen zu organisieren und so deren kommunalpolitische Kompetenz zu gewährleisten und weiter zu stärken.

Begründung:

Die Bürger*innen und Wähler*innen brauchen eine Linke, die sich geschlossen, konsequent und kraftvoll für soziale Themen und für bessere Bildung, für Gerechtigkeit und Frieden und gegen Armut und Ausgrenzung einsetzt. Die Linke darf sich nicht weiter in inneren Kämpfen verlieren.

In der letzten Umfrage von Anfang Juli 2024 lag Die Linke bei nur noch bei 4%. Wenn wir nicht mehr Wähler*innen von unserm Politikangebot und von unseren Kandidat*innen überzeugen können, sind die Vorgaben für die Kandidatenfindung ohne Belang, weil es dann keine Fraktion Die Linke mehr geben wird.

Trotz allem Optimismus muss man davon ausgehen, dass sich die jetzige Zahl der MdL noch einmal halbieren könnte – auf dann 6 Abgeordnete. Das sind dann drei Frauen und drei Männer, die im Landtag alle Aufgaben – organisatorisch und fachlich – stemmen müssen. Außerdem müssen sie versuchen, die Strukturen in den Wahlkreisen personell und finanziell so gut wie dann noch möglich zu unterstützen. Das wird eine Herkulesaufgabe, die ohne Erfahrung und Kenntnisse nicht zu bewältigen ist.

Für eine künftige Liste muss also konkret darüber entschieden werden, welche 3 Frauen und 3 Männer in der Lage sind, als Spitzenkandidat*innen ein Wahlergebnis für den Einzug in den Landtag zu sichern und anschließend die herausfordernden Aufgaben auch erfüllen zu können? Es muss daher besprochen werden, wer jeweils die ersten drei Frauen und Männer auf der Liste sein sollen, welche Fachbereiche sie abdecken und welche Regionen sie unterstützen können/sollen. Entscheidend ist, dass sie in dieser minimalistischen Besetzung gut zusammenarbeiten und in der Lage sind, durch eine gute parlamentarische Arbeit mit dazu beizutragen, dass in Zukunft wieder bessere Wahlergebnisse möglich werden. Dafür muss der Landesvorstand rechtzeitig mit den Kreisvorsitzenden in vertraulichem Rahmen beraten, wie die ersten 6 Plätze besetzt werden können und wer für eine solche Kandidatur bereit ist.

**Änderungsantrag Nr.: 1 zum Änderungs-/Ersetzungsantrag Nr. 1 zu Antrag Nr. 5
Partei stärken, Ressourcen bündeln, Umgang mit Mandaten reformieren**

Antragstellerin: Kreisvorstand Wittenberg

Im Antrag soll unter Punkt 4. das Wort „geschäftsführender“ gestrichen werden.

Begründung:

Diese Möglichkeiten obliegen nicht dem geschäftsführenden Landesvorstand, sondern dem Landesvorstand.

656
657
658
659
660
661
662
663
664
665
666
667
668
669
670
671
672
673
674
675
676
677
678
679
680
681
682
683
684
685
686
687
688
689
690
691
692
693
694
695
696
697
698
699
700

Antragsteller:innen:
Gabriel Rücker (Delegierter Stadtverband Magdeburg)

26. Juli 2024

Antrag Nr. 6

an die 2. Tagung des 9. Landesparteitages

Geschlechtervielfalt anerkennen, Selbstbestimmung in der Partei leben!

Am 12. April 2024 wurde vom Bundestag das Selbstbestimmungsgesetz beschlossen. Dies ist ein riesiger Fortschritt zum Transsexuellengesetz. Geschlechtliche Vielfalt ist bisher kaum repräsentiert in unserer Partei. Sichtbarkeit ist aber essenziell. Bei den Listenaufstellungen für unsere Partei sind nicht alle Geschlechtsidentitäten abgebildet. In unseren Satzungen und Ordnungen geht die Partei immer noch vom binären Geschlechtsverständnis aus. Die macht Identitäten aus dem TIN*-Spektrum (Trans*, Inter*, Nicht-Binär*) unsichtbar. Hier muss unsere Satzung die geschlechtliche Vielfalt widerspiegeln, um diese anzuerkennen.

Generell ist der Diskussionsstand zu Themen der geschlechtlichen Vielfalt in der Partei noch nicht ausreichenden. Außerdem müssen die Implikationen des neuen Selbstbestimmungsgesetzes in der Partei berücksichtigt werden.

Wir fordern daher, geschlechtliche Vielfalt in der Partei sichtbar zu machen und zu leben.

Dazu fordern wir:

1. TIN*-Personen sind bei allen Themen und Strukturen der Partei grundsätzlich anzuerkennen, einzubeziehen und zu unterstützen. Dies gilt insbesondere bei der Ermutigung zur Übernahme von Ämtern und Funktionen.
2. Der Landesparteitag fordert den Parteivorstand auf die Satzungen und Ordnungen der Partei so zu überarbeiten, dass sie die geschlechtliche Vielfalt abbilden. Dazu legt der Parteivorstand Vorschläge vor, wie TIN*-Personen bei Wahlen zu berücksichtigen sind.
3. Der Parteivorstand erarbeitet Maßnahmen, die geschlechtliche Vielfalt in der Partei zu stärken und Diskriminierung abzubauen.
4. Der Parteivorstand bietet Formate an, in der über geschlechtlichen Vielfalt aufgeklärt wird. Vor allem Führungspersonal muss für geschlechtliche Vielfalt sensibilisiert werden.
5. Es werden Formate eingerichtet, in denen der Parteivorstand konkrete Maßnahmen entwickelt, um die Sichtbarkeit geschlechtlicher Vielfalt, auch parteiintern, zu verbessern.

701 6. Der Parteivorstand überprüft, welche Barrieren es in der Partei gibt, die strukturelle,
702 räumliche oder andere Barrieren für TIN*Personen darstellen und entwickelt
703 Maßnahmen, diese abzubauen.

ÄA-Nr. 1

Antragstellerin: Charlotte Sophie Baschwitz

Bei Pkt. 2. – 6. Soll „Parteivorstand“ durch „Landesvorstand“ ersetzt werden.

704
705
706
707
708
709